2014	2015	**2016**	2017	2018

Jahresbericht

FaZiT

FaZIT ist ein Projekt der ***Gesellschaft für Inklusion und soziale Arbeit e.V*.** Dieser gemeinnützige Verein wurde 2004 mit Sitz in Potsdam gegründet und ist dem Paritätischen Wohlfahrtverband angeschlossen. Als Gründungsmitglieder fanden sich Personen aus der sozialarbeiterischen Praxis und Ausbildung zusammen, die mit der Vereinsgründung innovativen Konzepten der Sozialarbeit neue Räume erschließen und an der Überwindung von Barrieren jeglicher Art für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben mitwirken wollten. In der Satzung des Vereins ist die Förderung der Verantwortung und der Eigengestaltung für die Lebensführung betreffenden Menschen durch Aktivierung der eigenen Ressourcen als wichtiges Ziel der Vereinstätigkeit festgeschrieben. Mit einer breit angelegten Projekttätigkeit ist der Verein seither bestrebt, seinen Beitrag zu aktivierender und menschenrechts-basierter Sozialarbeit zu leisten.

Fachberatungsdienst
Zuwanderung, Integration und Toleranz
Im Land Brandenburg - *FaZIT*

Am Bürohochhaus 2 - 4
14478 Potsdam

Tel: 0331. 9676250
Fax: 0331. 9676259
Info@fazit-brb.de

www.fazit-brb.de

Inhaltsverzeichnis

Rückblick auf das Jahr 2016 4

Landeskoordinierungsstelle Fachberatung, Zuwanderung und Integration 6

Mobile Heimberatung 13

Gemeindedolmetschdienst Brandenburg 17

Stärken vor Ort. Qualifizierung für Ehrenamtliche in der Flüchtlingsarbeit 21

GU trifft Gemeinde 28

Leben und arbeiten ohne Gewalt 37

Auswege gemeinsam finden! Unterstützung von Frauen mit Flucht- und Gewalterfahrungen 42

Flüchtlinge orientieren, vernetzen und stärken 44

Integration braucht Vorbilder 47

Kultiversität 49

Tương lai – Zukunft durch Bildung 51

Chancengleicher Zugang zu medizinischer Versorgung für Zugewanderte und Stärkung der Selbsthilfe im Bereich Gesundheitsförderung 53

- Qualifizierung von Sprach- und Kulturmittelnden – Mitwirkung im Projektverbund der BAfF 55
- Gesundheitskarawane – muttersprachliche Informationen zur Gesundheitsvorsoge 55

Mitarbeit in fachlichen Gremien auf Landes-, Kreis und Verbandsebene 57

Rückblick auf das Jahr 2016

In den fast fünfundzwanzig Jahren der Tätigkeit des ***Fachberatungsdienstes Zuwanderung, Integration und Toleranz im Land Brandenburg - FaZIT*** standen die Leitung und das kleine Team mehrfach vor Weggablungen und in Folge dessen waren Entscheidungen zum weiteren Profil der Arbeit zu treffen. Vor allem die sich verändernde Zuwanderungsrealität in Brandenburg brachte über die Jahre hinweg immer wieder neue Herausforderungen mit sich und zwang dazu, ebenso neue wie oftmals zusätzliche Arbeitsfelder zu erschließen. Das vergangene Jahr hob sich jedoch besonders heraus. Dieser nachdrücklichen Ausweitung der Aufgaben im Zuge der verstärkten Aufnahme von Geflüchteten war nicht mehr mit einer einfachen Fortschreibung des bisherigen Profils und/oder der Vergrößerung des Teams zu begegnen, vielmehr machte sich ein grundlegender Umbau in den Schwerpunkten der Tätigkeit und der internen Struktur erforderlich. Unter den gegebenen Bedingungen ist es vor allem dem hohen persönlichen Einsatz aller Mitarbeitenden zu danken, dass die damit verbundenen Herausforderungen erfolgreich bewältigt werden konnten. Mit dieser erfolgreichen Umstrukturierung ging gleichzeitig ein starker Zuwachs an Mitarbeitenden einher. Ab Juni 2016 wurden in rascher Folge acht Kolleginnen und Kollegen eingestellt. Somit rückte die Personal- und Teamentwicklung zwangsläufig zu einem Schwerpunkt der Tätigkeit der Leitung auf und verlangte zugleich vom gesamten Team ein überaus deutliches Engagement für die gemeinsamen Ziele und Aufgaben.

FaZIT hat in den vergangenen 25 Jahren mit einer breitgefächerten Projektarbeit die Aufnahme von Flüchtlingen und die Arbeit von Hunderten haupt- und ehrenamtlichen Helfern unterstützt und fachlich begleitet. Eine Voraussetzung dafür, und gleichermaßen ein Schlüssel für den Erfolg der Tätigkeit von *FaZIT,* war die erfolgreiche Zusammenarbeit mit den unterschiedlichen Projektpartnern: der Integrationsbeauftragten des Landes Brandenburg, den kommunalen Verwaltungen, den Wohlfahrtsverbänden, den privaten Trägern und nicht zuletzt den Initiativen und Vereinen der Zugewanderten. Nur so war es möglich, den bewährten Ansatz in der Arbeit zu festigen und den Bedarfen entsprechend weiter zu entwickeln: träger- und verbandsübergreifend vor Ort fachlich unterstützend und begleitend wirksam zu werden. Um diesem „allgemeinen Arbeitsgrundsatz“ auch weiterhin zu folgen und unter den Bedingungen der stark angewachsenen Aufnahme von Geflüchteten den gestellten Aufgaben gerecht zu werden, stand im Jahr 2016 der bedarfsgerechte Um- und Ausbau von *FaZIT* an. Dieser bestand im Wesentlichen darin:

- die Koordinierungsfunktion von *FaZIT* auszubauen und als **Landeskoordinierungsstelle Fachberatung, Zuwanderung und Integration** wirksam zu werden;

- die **Mobile Heimberatung zur Stärkung der Gewaltprävention und Qualitätssicherung der Sozialarbeit in Gemeinschaftsunterkünften (MHB)** aufzubauen;

- die **Vermittlungszentrale für Sprachmittlung** auszubauen und das Angebot der Sprachmittlung durch Qualifizierungen zu verstetigen.

Diese zentrale Aufgabe des Um- und Ausbaus von *FaZIT* verlangte von allen Teammitgliedern große Anstrengungen, um diese Veränderungen in der internen Organisation und den Arbeitsabläufen erfolgreich zu bewältigen. Obwohl nicht alle der 12 geplanten Personalstellen der MHB bis zum Jahresende besetzt werden konnten, wurden die wesentlichen Ziele und Aufgaben erfüllt, die sich mit den angestrebten Veränderungen ergaben. Äußerlich sichtbar wurden diese Veränderungen durch den Bezug eines neuen Büros in der Landeshauptstadt Potsdam zum Ende August 2016, das der gewachsenen Teamstärke und dem erhöhten Besucheraufkommen Rechnung trägt, sowie die Einrichtung von fünf zusätzlichen Regionalbüros (Cottbus, Eberswalde, Fürstenwalde, Luckenwalde und Neustadt/Dosse).

Öffentliche wie private Zuwendungsgeber schätzten bisher die Expertise und Zuverlässigkeit des Teams und machten die vielfältige Projektarbeit durch ihre Förderungen möglich. Daher gilt zunächst der Dank dem Land Brandenburg, der Europäischen Kommission, dem Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds, dem Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend, der Aktion Mensch sowie dem Paritätischen Gesamtverband. Die erfolgreiche Bewältigung der internen Veränderungen des Jahres 2016 lässt zugleich die klare Versicherung zu, den Erwartungen der Zuwendungsgeber auch in Zukunft entsprechen zu können.

Landeskoordinierungsstelle Fachberatung, Zuwanderung und Integration - Unterstützung der Akteure in der Integrations- und Flüchtlingsarbeit durch trägerübergreifende, landesweite Fortbildungsangebote

Eine herausragende Stellung in der Arbeit von *FaZIT* nahmen seit Jahren die verschiedenen Angebote zur Förderung des fachlichen Austausches und der Bereitstellung von praxis-relevanten Informationen ein. Diese Angebote hatten grundsätzlich einen landesweiten und trägerübergreifenden Charakter und waren daher besonders geeignet, den Austausch zwischen den Migrationsfachdiensten, den verantwortlichen Mitarbeitenden der kommunalen Verwaltungen sowie den lokal wirkenden Projekten zu befördern. Der im Berichtszeitraum anstehende Um- und Ausbau von *FaZIT* machte ab Mitte des Jahres auch eine starke Regionalisierung der Arbeit erforderlich.

Damit verbunden, verschoben sich die Aufgaben von *FaZIT* zugunsten des Umbaus bzw. Aufbaus der ***Landeskoordinierungsstelle Fachberatung Zuwanderung und Integration,*** von der die folgenden Aufgaben wahrgenommen werden:

a) Die Koordinierung der verschiedenen bundes- und landesfinanzierten Projekte bzw. Unterprojekte sowie anderer ad-hoc-Projekte und des Ergebnistransfers, insbesondere in die Teams der Mobilen Heimberatung;
   2016 wurden folgende Projekte in diese Koordinierung einbezogen, um maximale Synergieeffekte zu erzielen:

   - *Leben und arbeiten ohne Gewalt* - finanziert durch den Landespräventionsrat, Laufzeit bis Dezember 2017;
   - *Stärken vor Ort - Schulungen für ehrenamtlich in der Flüchtlingsarbeit engagierte Bürgerinnen und Bürge*r – finanziert durch die Landeszentrale für politische Bildung, den Landespräventionsrat und die Integrationsbeauftragte des Landes Brandenburg, Laufzeit bis Dezember 2016;
   - *Flüchtlinge orientieren, vernetzen und stärken* – finanziert durch den Gesamtverband des Paritäters, Laufzeit bis Dezember 2016;
   - Teilprojekt *Sprachmittlerqualifizierung im Rahmen des Projektverbunds BAfF* - finanziert durch AMIF, kofinanziert durch einen Stellenanteil von *FaZIT*, Laufzeit bis Dezember 2017;
   - *GU trifft Gemeinde* – finanziert durch BMFSFJ, kofinanziert durch einen Stellenanteil von *FaZIT*, Laufzeit bis Dezember 2019;

b) Die Auswertung der Ergebnisse der unterschiedlichen oben erwähnten Projekte sowie die Organisation des Erfahrungs- und Wissenstransfers in Richtung

i. Regionalteams der Mobilen Heimberatung

ii. weiterer örtlicher und regionaler Akteure der Flüchtlings- bzw. Integrationsarbeit

iii. unterschiedlicher fachlicher Gremien.

c) Die Organisation von landesweiten und trägerübergreifenden Fortbildungsveranstaltungen (Landesintegrationskonferenz und bei Bedarf Regionalkonferenzen bzw. Fachzirkel).

d) Die Moderation des landesweiten Gesprächskreises Mitarbeitende der Gemeinschaftsunterkünfte (GU).

e) Die Buchhaltung und Abrechnung für die erwähnten Projekte.

Ungeachtet des anstehenden Umbaus der Struktur und der Aufgaben von *FaZIT* und der damit einhergehenden Regionalisierung der Fortbildungsangebote wurden 2016 durchaus landesweite Fortbildungsangebote, insbesondere für Fachkräfte aus den neu eingerichteten GU, geplant und durchgeführt.

Unter den verschiedenen Fortbildungsangeboten von *FaZIT* – fachliche Vor-Ort-Beratung, Supervision, Gesprächskreise, ad-hoc-Workshops, Landesintegrationskonferenz – nehmen die Fachzirkel einen besonderen Stellenwert ein. Die Projektleitung wurde in zunehmendem Maße mit Anfragen und Wünschen konfrontiert, die sich auf asyl-, ausländer- und sozialrechtliche Grundlagen der Beratung von Flüchtlingen bezogen.

Den zahlreichen Rückmeldungen zufolge stellen diese Veranstaltungen von *FaZIT* oftmals die einzige Gelegenheit zum fachlichen Austausch und zur Weiterbildung für den genannten Personenkreis dar.

Den Auftakt der Fachzirkel bildete aufgrund besonderer Nachfragen aus den GU am 21. und 22. Januar 2016 die zweitägige Veranstaltung ***Asyl-, ausländer- und sozialrechtliche Grundlagen der Beratung von Flüchtlingen***. Für diesen Fachzirkel konnte erneut die Berliner Fachanwältin Andrea Würdinger gewonnen werden. Im Verlauf der Fortbildung wurden folgende Themen behandelt:

- **Asylrecht und Asylverfahren**
  Humanitäres Aufenthaltsrecht – Grundlagen, Asylverfahren (Ankunft, Antragsstellung, EU-Asylzuständigkeits-Verordnung (Dublin II), Anhörung, Entscheidungsarten, gerichtliches Verfahren, Anerkennung bzw. Ablehnung), Anerkennungsvoraussetzungen - Subsidiärer Schutz u. Abschiebeschutz / Gerichtliches Verfahren / Aufenthaltsbeendigung und Abschiebung / Abschiebehaft / Folgeantrag / Duldung

- **Sozialrecht für Flüchtlinge**
  Soziale Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, Kindergeld, Kinderzuschlag, Elterngeld, Zugang zu Gesundheitsversorgung, Bildung und Arbeitsmarkt

- **Von der Duldung zum Bleiberecht**
  Der (Nicht-)Status der Duldung / Gesetzliche Bleiberechtsregelungen / Arbeitsmarktliche und soziale Integrationsmaßnahmen für Personen mit Duldung

- **Nach der Anerkennung**
  Formen der Anerkennung / Sozialrechtliche Stellung von anerkannten Flüchtlingen / Widerrufsverfahren / Freizügigkeit / Zugang zu Bildung, Ausbildung, Arbeitsmarkt / Wohnungssuche / Anerkennung von Abschlüssen / Aufenthaltsverfestigung / Einbürgerung

Darüber hinaus hatten die Teilnehmenden umfassend Gelegenheit, konkrete Fälle aus der eigenen Praxis vorzustellen, die unter Anleitung der Referentin gemeinsam bearbeitet wurden.

Entsprechend dem gemeinsam mit der Referentin überarbeiteten Konzept der Fortbildung wurden die Teilnehmenden eingeladen am 24. Februar 2016 an einer Vertiefungsveranstaltung teilzunehmen. Von dieser Möglichkeit wurde ausführlich Gebrauch gemacht und die Teilnehmenden äußerten sich durchgehend positiv zu dieser veränderten Gestaltung der asylrechtlichen Fortbildung.

Im Interesse einer effektiven Arbeitsatmosphäre im Verlauf des Fachzirkels ***Asyl-, ausländer- und sozialrechtliche Grundlagen der Beratung von Flüchtlingen*** wurde die Zahl der Teilnehmenden auf 30 Personen begrenzt. Da aus diesem Grund nicht allen Anmeldungen entsprochen werden konnte, wurde dieser Fachzirkel in der Zeit vom 8. bis 9. September 2016 wiederholt. Auch zu diesem Termin konnte aus Kapazitätsgründen nicht allen Teilnahmewünschen entsprochen werden.

Der Fachzirkel am 20. April 2016 widmete sich dem ***Angemessene(n) Umgang mit psychisch auffälligen oder erkrankten Flüchtlingen.*** Für diese Fortbildungsveranstaltung konnte Frau Irena Petzoldova, *Ambulante Diagnose- und Behandlungsstelle für traumatisierte, psychisch kranke und schutzbedürftige Flüchtlinge Fürstenwalde*, gewonnen werden. Im Verlauf der Veranstaltung konnten u.a. folgende Themen behandelt werden:

- häufige psychiatrische Krankheitsbilder bei Flüchtlingen;
- Möglichkeiten der Früherkennung;
- Behandlungsmöglichkeiten;
- erschwerte Zugänge zur Behandlung bei Flüchtlingen;
- medizinische und sozialpsychiatrische Unterstützungsmöglichkeiten;
- Umgang mit erkrankten oder gefährdeten Personen im Alltag.

Darüber hinaus bot diese Veranstaltung die Gelegenheit, die eigene Handlungskompetenz in den GU und Beratungsstellen zu reflektieren.

Der Fachzirkel am 15. Juni 2016 stand unter dem Thema ***Arbeitsmarktzugang für Flüchtlinge***. Für diese Veranstaltung trug erneut die Berliner Fachanwältin Andrea Würdinger die inhaltliche Verantwortung.

Fachkräfte der Migrationssozialarbeit stehen in ihrem Beratungsalltag vor komplexen Anforderungen: neben der Sicherstellung einer breiten Fachlichkeit sind sie Tag für Tag mit einer Vielzahl von sprachlichen Herausforderungen konfrontiert. Komplexe Informationen müssen an Zugewanderte - ungeachtet ihrer Fähigkeit sich im Deutschen auszudrücken - weitergegeben und Fragen beantwortet werden, rechtliche Rahmenbedingungen und Anerkennungsbescheide in einer kundenadäquaten und verständlichen Sprache „übersetzt“ werden. Daher ist der bewusste und sensible Einsatz des „Werkzeugs Sprache“ Ausdruck einer hohen Beratungsqualität.

Gruppenarbeit im Verlauf des Fachzirkels am 7. Dezember 2016

Der Fachzirkel ***Sprachsensibel Beraten - Merkmale und Strategien verständlicher Sprache im Kontext von Beratung*** führte am 7. Dezember 2016 ca. 30 Fachkräfte der Migrationssozialarbeit aus dem gesamten Land Brandenburg zusammen. Unter Anleitung von Frau Tatiana La Mura Flores, *Fachstelle Berufsbezogenes Deutsch im Förderprogramm Integration durch Qualifizierung (IQ) Hamburg*, setzten sich die Teilnehmenden mit den möglichen sprachlichen Schwierigkeiten und Stolpersteinen im Beratungsalltag auseinander und erarbeiteten sowohl Strategien für den sprachlichen „Notfall“ im Beratungsgespräch als auch darüberhinausgehende praktische Instrumente für eine sprachsensible Gesprächsführung.

Der für den 12. Oktober 2016 geplante Fachzirkel ***Längerfristige Beratungen im Kontext der Migrationssozialarbeit mit Flüchtlingen/Beziehungsdynamiken positiv gestalten*** musste aufgrund der kurzfristigen Absage des Referenten ausfallen.

Verschiedene Wünsche und Anregungen aus dem Kreis der Sozialarbeiterinnen und -arbeitern aufgreifend wurden im zweiten Halbjahr noch vier weitere, im Folgenden dargestellte ad-hoc-Veranstaltungen organisiert.

Verschiedene Fachpublikationen arbeiten heraus, dass unter Zuwanderinnen bzw. geflüchteten Frauen die Zahl der von Gewalt unmittelbar Betroffenen deutlich erhöht ist. Die bestehenden Hilfsangebote und Unterstützungsmöglichkeiten sind den Betroffenen jedoch häufig unbekannt. Aber dieses Informationsdefizit ist nur eine der Zugangsbarrieren, die dafür verantwortlich sind, dass die bestehenden Angebote weit mehr als unterdurchschnittlich durch betroffene Migrantinnen in Anspruch genommen werden. Da diese Aussagen durchaus von den Ergebnissen der

von *FaZIT* Ende 2014/Anfang 2015 in den GU aller Landkreise und kreisfreien Städte durchgeführten Befragung zu gewalttätigen Vorkommnissen in den Unterkünften bestätigt werden[1] und durch die stark angestiegene Aufnahme von Flüchtlingen die Gewalt gegenüber geflüchteten Frauen bzw. die Gewaltprävention noch einmal eine besondere Brisanz gewann, hatte *FaZIT* bereits Ende 2015 mit Unterstützung der Integrationsbeauftragten des Landes Brandenburg zum Workshop ***Gewaltbetroffene Migrantinnen*** eingeladen.

Um den Schlussfolgerungen und Empfehlungen dieses Workshops nachzugehen, war ein Follow-up Workshop für den November 2016 geplant. Auf Anregung der Gleichstellungsbeauftragten des Landes Brandenburg und der Arbeitsgruppe Flüchtlingsfrauen des Landesintegrationsbeirates wurde das Konzept dieser Veranstaltung überarbeitet und erweitert, sodass für den 15. November 2016 zur Fachkonferenz ***„Gewaltprävention für Flüchtlingsfrauen in Brandenburg“*** eingeladen wurde.

Mit mehr als 180 Teilnehmenden aus dem gesamten Land Brandenburg stellte die Fachkonferenz zweifellos ein herausragendes Ereignis sowohl im Integrations- als auch Gleichstellungsbereich dar, wie die Brandenburgische Sozialministerin, Frau Diana Golze, zur Eröffnung der Veranstaltung hervorhob. Die verschiedenen Redebeiträge und die Ergebnisse der drei Arbeitsgruppen wurden im Internet auf der Website www.fazit-brb.de veröffentlicht.

Nach Angaben der WHO sind bis zu 90 Prozent der Frauen aus Eritrea und Somalia von Genitalverstümmelung betroffen. Bekannt ist weiterhin, dass Genitalverstümmelung, insbesondere die am Horn von Afrika praktizierte Verstümmelung, mit erheblichen gesundheitlichen Folgen für die betroffenen Mädchen und Frauen verbunden ist. Die Betroffenen sind zutiefst traumatisiert. Das Erlebte beeinflusst den Rest ihres Lebens in erheblicher Form. Entzündungen im Genitalbereich, Inkontinenz, Fistelprobleme, daraus folgend die gesellschaftliche Isolation, ein überwältigendes Schamgefühl sind nicht selten die Konsequenzen.

In Brandenburg praktizierende Ärztinnen und Ärzte sowie Sozialarbeiterinnen und -arbeiter wurden in der Vergangenheit in ihrem beruflichen Alltag gar nicht oder äußerst selten mit den gesundheitlichen und seelischen Folgen von Genitalverstümmelung konfrontiert. Mit der verstärkten Aufnahme von Asylsuchenden aus Eritrea und Somalia sowie weiteren afrikanischen Staaten stießen, wie erste Rückmeldungen und Anfragen belegen, auch Brandenburger Fachkräfte auf die Folgen der traumatisierenden Praxis. Um dieser veränderten Situation Rechnung zu tragen, wurden im Jahr 2015 Fortbildungsveranstaltungen für Fachkräfte aus dem Gesundheits- und Sozialwesen angeboten. Der große Zuspruch zu diesen Veranstaltungen und die weiterhin ungebrochene Nachfrage nach derartigen Fortbildungen führte dazu, auch 2016 Fortbildungen zum Thema ***Weibliche Genitalverstümmelung: Folgen für die betroffenen Mädchen und***

[1] Die Befragungsergebnisse legen den Schluss nahe, dass physische Gewalt in der GU eindeutig ein spezifisch männliches Problem ist. In den meisten benannten Auseinandersetzungen wurden Männer, zumeist junge Männer, als Beteiligte angegeben bzw. fast alle tätlichen Angriffe wurden von Männern verübt. Ungeachtet dessen gab es in allen Unterkünften ernstzunehmende Anzeichen für Fälle von häuslicher Gewalt.

Frauen - medizinische und psychosoziale Hilfsangebote erneut anzubieten. Für diese Veranstaltungen konnte Frau Dr. Idah Nabateregga von *TERRE DES FEMMES – Menschenrechte für Frauen* gewonnen werden. Ebenso ausführlich wie einfühlsam stellte die Referentin die kulturellen Wurzeln, die verschiedenen Formen und die Folgen der Genitalverstümmelung für die betroffenen Mädchen und Frauen dar. Einen breiten Raum nahmen weiterhin die Informationen zu bestehenden medizinischen und psychosozialen Hilfsangeboten ein. Frau Dr. Nabateregga diskutierte mit den Teilnehmenden die Notwendigkeit, Mädchen und junge Frauen auch in der Diaspora vor Genitalverstümmelung zu schützen, den möglichen Anzeichen einer Verstümmelung bzw. einer bevorstehenden Verstümmelung die notwendige Aufmerksamkeit zu widmen und aufklärend zu wirken. Die Fortbildungen wurden am 6. Dezember 2016 in Eberswalde, am 8. Dezember in Neuruppin und am 9. Dezember 2016[2] in Oranienburg durchgeführt. An diesen Veranstaltungen nahmen 46 Fachkräfte teil.

Am 1. April 2016 trat das novellierte Landesaufnahmegesetz in Kraft. Da dieses Gesetz und seine Verordnungen in hohem Maße die Rahmenbedingungen für die Arbeit in den GU in den Landkreisen und kreisfreien Kommunen festlegt, kam es bereits im Vorfeld und noch mehr nach Inkrafttreten zu Nachfragen aus dem Kreis der Kolleginnen und Kollegen der Migrationssozialarbeit. Um eine gründliche Beschäftigung mit den neuen gesetzlichen Grundlagen zu ermöglichen, wurde der Workshop *„Landesaufnahmegesetz und seine Umsetzung"* angeboten. Gemeinsam mit Frau Dr. Elke Mandel, Referat 25 MASGF, diskutierten die Teilnehmenden aus den Gemeinschaftsunterkünften die praxisrelevanten Fragen der Umsetzung des Landesaufnahmegesetzes, insbesondere die Anforderungen im Zusammenhang mit der Neustrukturierung und den Qualitätsvorgaben zur Migrationssozialarbeit in den Unterkünften. Ursprünglich für den Monat August geplant, konnte diese Veranstaltung letzten Endes erst Ende Oktober durchgeführt werden.

Die für den 14. November 2016 geplante Landesintegrationskonferenz musste aus organisatorischen Gründen auf Frühjahr 2017 verschoben werden. Entsprechend den Absprachen mit Kooperationspartnern sollten im Mittelpunkt der nunmehr 17. Landesintegrationskonferenz die Umsetzung des neuen Landesaufnahmegesetzes, insbesondere die Fragen der zukünftigen Gestaltung der Migrationssozialarbeit, stehen. Da sich der Abstimmungsprozess zwischen den Ressorts der Landesregierung zu den Durchführungsverordnungen des Landesaufnahmegesetzes und in Folge dessen die Veröffentlichung der Verordnungen stark verzögerte, war nicht damit zu rechnen, dass die Texte zum Zeitpunkt der Konferenz zur Verfügung stehen würden. In Rücksprache mit dem Referat 25 des MASGF wurde daher die Verschiebung der Veranstaltung auf den 17. Mai 2017 beschlossen.

Seit 2011 moderiert *FaZIT* den *Gesprächskreis „Personal der Gemeinschaftsunterkünfte“*, der sich in der Folgezeit zu einem wichtigen Gremium des fachlichen Austausches und des Dialoges mit verantwortlichen Personen aus der Landespolitik bzw. dem MASGF entwickelt hat. Zugleich

[2] Aufgrund der Erkrankung von Frau Dr. Nabateregga musste die Veranstaltung auf den 19. Januar 2017 verschoben werden.

nahmen die Teilnehmenden die jeweiligen Zusammenkünfte als eine Möglichkeit wahr, die Erfahrungen im Umgang mit konkreten Problemen und Herausforderungen des Arbeitsalltages in den Gemeinschaftsunterkünften auszutauschen sowie Lösungen gewissermaßen vor Ort zu besichtigen. Deshalb wurde verabredet, die Zusammenkünfte jeweils in einer anderen Gemeinschaftsunterkunft stattfinden zu lassen.

Am 9. März 2016 fanden Mitarbeitende aus mehr als 50 Unterkünften in der Gemeinschaftsunterkunft Haus Hoffnung 2, Fürstenwalde, zusammen. Im Verlauf dieses Gesprächskreises tauschten sich die Anwesenden über a) die aktuellen Problemlagen in den Gemeinschaftsunterkünften aus, und besprachen insbesondere folgende Aspekte:

- Situation der Kinder und Jugendlichen in den Unterkünften;
- Gewalt gegenüber Frauen in den Unterkünften und Möglichkeiten der Prävention;

sowie b) die Möglichkeiten der Vernetzung des Personals der Gemeinschaftsunterkünfte in der gegebenen Situation (starker Aufwuchs der Unterkünfte mit Großteil von Neueinstellungen) aus.

Ungeachtet der Tatsache, dass diese Veranstaltung durch die hohe Zahl der anwesenden Kolleginnen und Kollegen die Grenzen des bisherigen Vorgehens[3] offenlegte, sprach sich die überwiegende Mehrheit der Anwesenden dafür aus, diese Form des überregionalen Austausches nicht aufzugeben und auch unter den gegebenen Umständen fortzusetzen.

[3] Nur wenige GU verfügen über geeignete Räumlichkeiten, um der wachsende Zahl von Teilnehmenden zu entsprechen, somit war das bisherige Vorgehen in einer jeweils anderen GU zu tagen, nicht mehr umsetzbar.

Mobile Heimberatung - Fachunterstützung und Supervision für das Personal der Flüchtlingssozialarbeit

Im Jahr 2015 haben die Landkreise und kreisfreien Städte Brandenburgs so viele Flüchtlinge aufgenommen wie noch nie ihrer Geschichte seit der Neugründung des Bundeslandes: 28.128 schutzsuchende Personen. Im Vergleich zum Vorjahr, das auch schon durch stark gestiegene Zuweisungen gekennzeichnet war, wuchs die Zahl der aufzunehmenden Personen fast um das Fünffache. Diese einmalige Entwicklung wurde durch politische Entscheidungen auf nationaler und europäischer Ebene, vor allem jedoch durch die „Schließung der Balkanroute", stark abgebremst. Am Ende des Jahres 2016 stellte sich in Folge dessen heraus, dass die hohe Zahl des Vorjahres nicht annähernd erreicht werden würde und deutlich weniger Flüchtlinge in Brandenburg Schutz und eine zeitweise Heimstatt fanden. Die Zahl der Asylsuchenden wurde rückblickend vom Innenministerium in Potsdam auf 9.817 beziffert.

Damit wurde der Druck auf die Unterbringungskapazitäten im Land deutlich gesenkt und es bestand 2016 keine Notwendigkeit mehr, Monat für Monat neue GU, Wohnverbünde oder Notunterkünfte in Betrieb zu nehmen. Zusätzlich machte sich im Verlauf des Jahres 2016 die hohe Anerkennungsquote der Asylverfahren von Personen mit Bleibeperspektive verstärkt bemerkbar, sodass eine beachtliche Zahl von Asylsuchenden in den Rechtskreis des SGB II wechselten und damit aus den Unterkünften auszogen, soweit sie entsprechenden Wohnraum fanden. Ungeachtet dessen bleibt die Situation in den GU vielerorts dennoch angespannt und der Bedarf an fachlicher Beratung und konkreter Unterstützung weiterhin bestehen und erhöhte sich vielerorts sogar noch. Dafür sind vor allem folgende Entwicklungen verantwortlich:

- Die Vervielfachung von Gemeinschaftsunterkünften für Asylsuchende und Flüchtlinge, Wohnverbünden und Notunterkünften hatte zur Folge, dass aufgrund verschiedener Faktoren (begrenzter lokaler Arbeitsmarkt für Fachkräfte der Sozialarbeit, Dringlichkeit, geringe Entlohnung) für die neu einzurichtenden GU vielfach Quereinsteiger oder/und Absolventen eingestellt werden mussten, die über keine oder nur geringe Fachkenntnisse in der Migrationssozialarbeit und einschlägige Berufserfahrung verfügen (in der Folge sind die dringend erforderlichen Kompetenzen in Bezug auf Interkulturalität sowie Konfliktvermeidung bzw. -bearbeitung nicht in ausreichendem Maß vorhanden), die Träger der Einrichtungen haben bisher die Möglichkeiten zum Aufbau der Kompetenzen unter den Mitarbeitenden nur unzureichend genutzt, zudem war eine Reihe von GU durch eine starke Fluktuation aufgrund hoher Arbeitsbelastung oder unsicherer Berufsperspektive charakterisiert;
- die Situation in den einzelnen Unterkünften hat sich trotz einer gewissen Entspannung in der Belegung bezüglich jener Faktoren, die gewalttätige Konflikte begünstigen, nicht verbessert. Die Wahrscheinlichkeit von gewalttätigen Vorkommnissen nahm durch die lange Verweildauer, die zu beobachtende Verdichtung der Belegung in Folge der Zusammenlegung von Unterkünften sowie die Zusammensetzung der Bewohnerinnen und Bewohner der GU eher zu;

- unter dem Druck der konstant hohen Zuweisungen wurden bis zum Jahresende 2015 in den Kommunen Einrichtungen in Betrieb genommen und belegt, die von den baulichen Gegebenheiten oder/und der geografischen Lage
    - ungünstige Voraussetzungen für den Zugang zur medizinischen, sozialen und kulturellen Versorgung bieten bzw.
    - Bedürfnisse der besonders schutzbedürftigen Personen unter den zugewiesenen Flüchtlingen nicht berücksichtigen können.

Auf diese insgesamt komplexe Situation reagierte das Team von *FaZIT* mit a) der ***Sicherstellung und dem Ausbau des Supervisionsangebotes für Fachkräfte der Migrationssozialarbeit*** und b) dem Aufbau der ***Mobilen Heimberatung zur Stärkung der Gewaltprävention und Qualitätssicherung der Sozialarbeit in Gemeinschaftsunterkünften (MHB).***

a) Sicherstellung und dem Ausbau des Supervisionsangebotes für Fachkräfte der Migrationssozialarbeit

Die Fachkräfte der Flüchtlingssozialarbeit stehen durch ihre Arbeit in direktem oder indirektem Kontakt mit Asylsuchenden, die sich in einer belastenden und schwierigen Lebensphase befinden. Bei einer großen Anzahl von ihnen liegen traumatische Erlebnisse vor, die sie vor, während oder nach ihrer Flucht erlitten haben. Derartige belastende Arbeitsinhalte bzw. -bedingungen verursachen häufig stressbehaftete und kritische Zustände im Arbeitsalltag, die wiederum Schlafstörungen oder andere psychosomatische Beschwerden bis hin zu Erscheinungen von Burnout bei den betroffenen Kolleginnen und Kollegen zur Folge haben können.

Der fachliche und persönliche Austausch sowie die begleitete Reflexion in einem geschützten Rahmen, wie ihn Supervisionen bieten, entfalten in der Regel eine wohltuende, entlastende Wirkung und stärken die Fähigkeiten zum erfolgreichen Umgang mit kritischen Aspekten der Arbeit sowie das Bewusstsein in Bezug auf verschiedene Ressourcen, auf die allein oder gemeinsam zurückgegriffen werden kann.

Zusätzlich wurde die Arbeitssituation im Berichtzeitraum, wie schon oben dargestellt, durch die angespannte Belegungssituation in den GU belastet, sodass das aus den Vorjahren bereits bekannte Angebot von Gruppen-Supervision für Fachkräfte in der Migrationsarbeit ausgebaut und regional erweitert wurde. Dazu wurden zwei zusätzlich Supervisionsfachkräfte unter Vertrag genommen, sodass sich die Zahl der zur Verfügung stehenden Fachkräfte auf insgesamt 3 erhöhte. Das erlaubte die bereits im Vorjahr gebildeten fünf Supervisionsgruppen bei Bedarf fortzusetzen und ab dem 2. Quartal neue Gruppen, insbesondere im Süden Brandenburgs, zu bilden. Aufgrund der Arbeitsbedingungen fluktuierte die Teilnahme an den einzelnen Sitzungen zum Teil erheblich.

Im Mittelpunkt der gemeinsamen Reflexion in den Supervisionen standen folgende, auch bereits im Vorjahr häufig angesprochene Inhalte:

- Umgang mit grenzwertigem Verhalten, sei es in Form von Aggression, Missachtung von Regeln oder Vereinbarungen, kulturellen Missverständnissen;
- Exzessiver Arbeitsdruck bei mangelnder Fürsorge und Schutz;
- Rollendiffusion (z. B. Leitung, Sozialarbeit, Seelsorge in einer Person)
- ungesunde Vermischung von Privat- und Berufsleben, Gefährdung der nötigen Entspannung im Privaten. Lernen sich angemessen abzugrenzen und einen „psychischen Schutzanzug“ anzulegen;
- wenig Zeit und Mittel für notwendige Weiterbildungen (z. B. Gruppendynamik, Teambildung, Bedeutung von Kultur, Resilienzbildung und -entwicklung, Umgang mit Trauma und die Folgen usw.);
- das Miterleben seelischer, körperlicher Verelendung von Familien und Einzelpersonen bis zu Selbstmordversuchen;
- fehlende Anerkennung im sozialen Umfeld und Behörden; Reflexion kritischer, stark polarisierender Erlebnisdimensionen, die einen gekonnten und erfolgreichen Umgang verlangen: Ohnmacht, Verzweiflung, Wut und ein Sackgassengefühl;
- Aktivierung von Ressourcen zur Auflösung von Polarisierungen.

b) Mobile Heimberatung zur Stärkung der Gewaltprävention und Qualitätssicherung der Sozialarbeit in Gemeinschaftsunterkünften (MHB)

Am 1. Juni 2016 nahm die MHB mit sechs Regionalbüros (Cottbus, Eberswalde, Fürstenwalde, Luckenwalde, Neustadt/Dosse und Potsdam) zunächst mit unterzähliger Personalstärke[4] ihre Tätigkeit auf.

Das zum 1. April 2016 in Kraft getretene LAufnG und die entsprechende Durchführungsverordnung legen eindeutige Standards bezüglich der unterkunftsnahen Sozialarbeit fest. Angesichts der komplexen Problemlagen und neuer Aufgaben in Folge des zu erwartenden Rechtskreiswechsels von Bewohnerinnen und Bewohner der GU blieben die geforderten professionellen Beratungs- und Handlungskompetenzen des Personals in den Unterkünften im Land Brandenburg hinter den tatsächlichen Anforderungen zurück. Die ***Mobile Heimberatung zur Stärkung der Gewaltprävention und Qualitätssicherung der Sozialarbeit in Gemeinschaftsunterkünften (MHB)*** war diesem Anliegen verpflichtet und unterstützte bei der Bewältigung bestehender Anforderungen und leistete einen spezifischen fachlichen Beitrag, eine qualitativ hochwertige Sozialarbeit in den Gemeinschaftsunterkünften und Wohnverbünden zu gewährleisten.

[4] Ungeachtet der vielfältigen Bemühungen konnte das angestrebte Ziel, zum 4. Quartal 2016 über die volle Personalstärke von 12 Vollzeitstellen nicht erreicht werden. Gründe hierfür lagen u.a. in den besonderen Kompetenzen, die von den Mitarbeitenden der MHB verlangt werden müssen, sowie den familiären Verpflichtungen der eingestellten Fachkräfte.

Dabei leistete die MHB bereits in der Aufbauphase einen Beitrag:

- zur Sicherheit und Ordnung in den Gemeinschaftsunterkünften, insbesondere zum Schutz der Frauen, Minderjährigen und Angehörigen von bestimmten sozialen Gruppen (ethnische und religiöse Minderheiten, LBSTI) vor Gewalt und Diskriminierung sowie zur Einhaltung der landesrechtlichen Vorgaben;
- zur Formulierung von Standards in der Tätigkeit von professionellen Fachkräften unter Berücksichtigung von berufsethischen Werten, fachlich-professionellen Ansprüchen und den Ansprüchen der Flüchtlinge und Asylsuchenden, sowie Ansprüchen der Kostenträger;
- zum Erfahrungstransfer zwischen den Einrichtungen und zur Vernetzung aller relevanten Akteure.

Die im Aufbau befindlichen sechs regionalen Fachteams entwickelten nach Absicherung der technisch-organisatorischen Aspekte der jeweiligen Büroinfrastruktur in ihrem Verantwortungsbereich passgenaue Angebote für die vor Ort tätigen Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter. Nicht überall war es jedoch möglich, optimal auf die regional vorhandenen Bedingungen und Bedürfnisse zu reagieren und die bestehenden Strukturen bei der Bewältigung der lokalen Herausforderungen zu unterstützen. Diesem Anliegen standen vor allem Unsicherheiten in der Zusammenarbeit mit der MHB auf Seiten der Sozialarbeiterinnen und -arbeiter im Wege. Teilweise hatten diese Unsicherheiten in Weisungen der entsprechenden Betreiber bzw. der Landkreisverwaltungen ihre Ursache. Diese Schwierigkeiten konnten jedoch im Verlauf des 4. Quartals 2016 aus dem Weg geräumt werden.

Im 3. und 4. Quartal wurden neben dem Aufbau von Arbeitskontakten und der damit verbundenen Vorstellung der Projektangebote bereits an verschiedenen Standorten folgende unterstützende Leistungen angeboten:

- **Aufsuchende Fachberatung** der regionalen Akteure
    - zur Stärkung und Erweiterung der professionellen Beratungs- und Handlungskompetenzen des Personals in den Unterkünften, insbesondere in Bezug auf Gewaltprävention (sowohl allgemein als auch bezogen auf bestimmte Gruppen, wie Frauen und Kinder, Minderheiten), Konfliktbearbeitung, genderbewusste Migrationssozialarbeit,
    - zur Sensibilisierung und Befähigung zur Umsetzung der EU-Aufnahmerichtlinie in den GU,
    - zur Begleitung der Umsetzung von Qualitätsstandards der Migrationssozialarbeit sowie
    - zur Erkundung bestehender Fortbildungsbedarfe;
- Konzipierung, Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung von regionalen **Fortbildungen**;
- **Supervision;**
- **Netzwerkarbeit und überregionaler Erfahrungstransfer**.

Gemeindedolmetschdienst Brandenburg - Ausbau der Vermittlungszentrale für qualifizierte Sprachmittlung und die Aufstockung des Pools von Sprachmittelnden durch Qualifizierung von Migrantinnen und Migranten

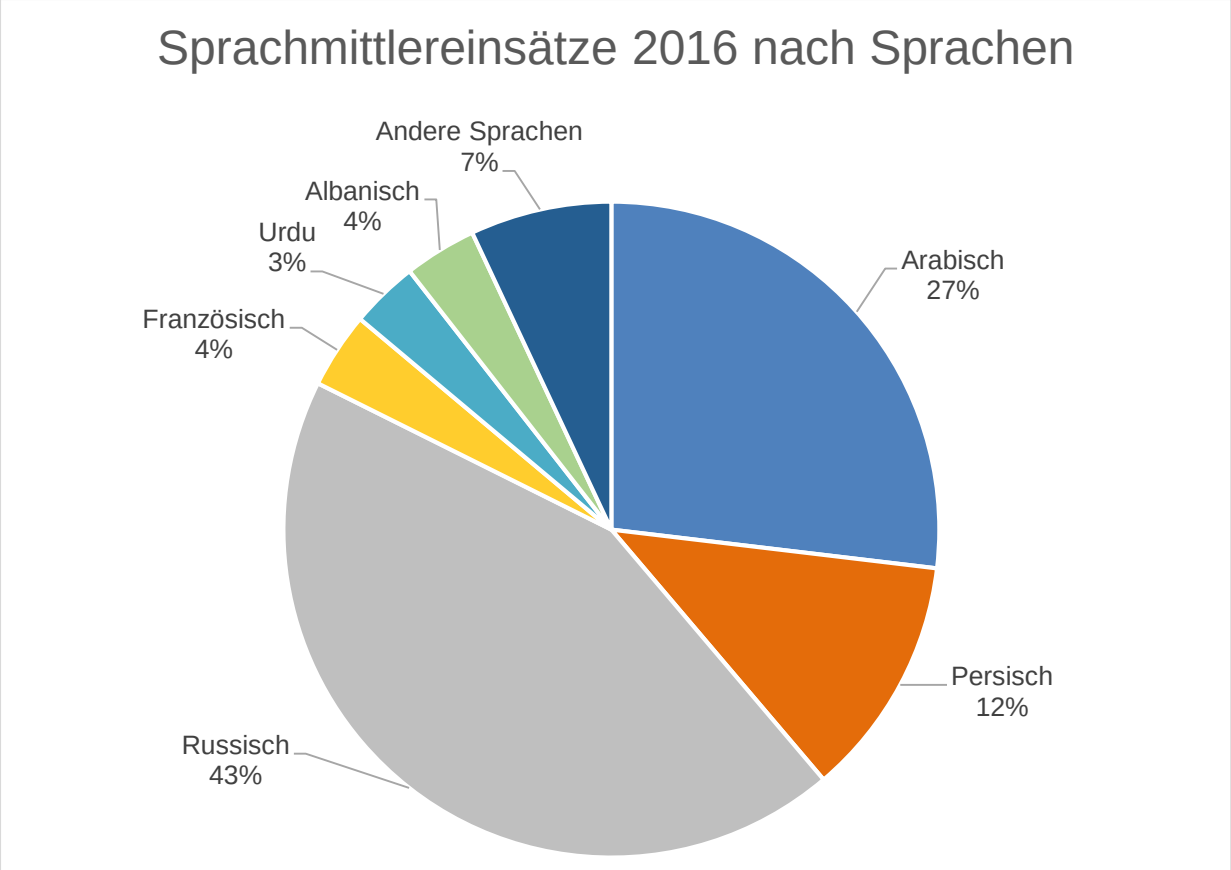
Die starke Zunahme von Asylsuchenden hat den Bedarf an Sprachmittlung sprunghaft ansteigen lassen. Dies betrifft vor allem die Sprachen Arabisch, Kurdisch, Persisch, Russisch und Urdu. Mittelfristig ist ein Absinken dieses Bedarfes nicht zu erwarten (und bei den für bestimmte Gruppen der Asylsuchenden zu vermutenden hohen Anerkennungsquoten wird eine „Verschiebung" in den Rechtsbereich des SGB II zu verzeichnen sein, die Notwendigkeit einer unterstützenden sprachmittlerischen Begleitung wird jedoch von dieser Veränderung zunächst kaum berührt).

Nur ein Teil der 2014/2015 angekommenen Personen hatten bisher die Möglichkeit, einen Sprachkurs zu besuchen und sind in der Lage im Alltag ihre Anliegen vorzutragen und sicher zu kommunizieren. Eine große Zahl von Geflüchteten traf auf rechtliche Einschränkungen bzw. gesundheitlich oder/und familiäre Hindernisse für den Spracherwerb oder ihr Zugang zu vorhandenen Angeboten war aus Kapazitätsgründen oder anderweitigen Faktoren, etwa ungünstige Verkehrsbedingungen, erheblich eingeschränkt. Dieser Personenkreis ist keinesfalls in der Lage, ohne wesentlichen Verlust von Informationen und frei von Missverständnissen in Deutsch zu kommunizieren. Unterstützende Sprachmittlung bleibt somit eine dringende Notwendigkeit. Vielerorts wurden Notlösungen gefunden, die häufig jedoch nicht den fachlichen Anforderungen und Standards genügen.

Die Kapazität der bei *FaZIT* angesiedelten Vermittlungszentrale für qualifizierte Sprachmittlung und der Pool von Sprachmittelnden sind durch die bisherige Entwicklung des Zuwanderungsgeschehens deutlich an ihre Kapazitätsgrenzen gelangt. Im Jahr 2016 wurden etwas mehr als 2000 Einsätze zur sprachmittlerischen Unterstützung durchgeführt. Die in der Vergangenheit vorherrschende Situation im Vermittlungsgeschehen bestand weiter:

- nur ein Anteil von ca. 35 % der bei *FaZIT* eingehenden **Anfragen** konnte beantwortet werden;
- obwohl das sprachmittlerische Angebot prinzipiell landesweit vorgehalten wird, konnte es aus Kapazitätsgründen und langer Anfahrtswege nicht überall und in allen einsatzbereiten Sprachen genutzt werden (die Bereitschaft der Sprachmittelnden lange Anfahrtswege in Kauf zu nehmen, ist spürbar gesunken).

Vor dem Hintergrund des personellen Engpasses wurde ab 1. Juni 2016 begonnen, zwei viermonatige Qualifizierungslehrgänge vorzubereiten und durchzuführen. Der Lehrgang in Potsdam startete am 29. August 2016 und endete am 25. Januar 2017 mit der Zeugnisübergabe. Der zweite Lehrgang startete in Fürstenwalde (aufgrund der Zusammensetzung der TN und ihrer Verpflichtungen wurde der Start auf den 12. Dezember 2016 verschoben).



Bei der Auswahl der Teilnehmenden wurde in beiden Standorten darauf geachtet, eine möglichst gleiche Anzahl von weiblichen und männlichen Teilnehmenden zu gewinnen, was leider nicht erreicht wurde. Am Lehrgang in Potsdam starteten vier Frauen und sechs Männer mit den Muttersprachen Arabisch, Kurdisch, Persisch und Vietnamesisch; die Eingangsprüfung für den Lehrgang in Fürstenwalde bestanden dagegen zwei Frauen und elf Männer mit den Muttersprachen Arabisch, Dari, Russisch und Urdu.

Die Bedingung für die Teilnahme an den Lehrgängen waren nachgewiesene Kenntnisse in der deutschen Sprache entsprechend des Niveaus B1. Da jedoch die Mehrheit der potentiellen Teilnehmenden über keinen zertifizierten Nachweis der Sprachkenntnisse verfügte, musste an allen Standorten eine entsprechende Eingangsprüfung durchgeführt werden. Dabei stellte sich heraus, dass nur ein geringer Teil der Bewerberinnen und Bewerber über die geforderten Kenntnisse verfügte und somit die angestrebte Zahl der Teilnehmenden nicht erreicht werden konnte. Um auch den Personen, die im Bewerbungsgespräch eine hohe Motivation und sehr gute sonstige Kenntnisse bzw. Erfahrungen in der Begleitung von Geflüchteten nachweisen konnten, dennoch Gelegenheit zur Qualifikation zu geben, wurde entschieden, einen drei- bis vierwöchigen

Deutschkurs als Vorbereitung für die eigentlichen Inhalte der Qualifizierung mit Konsequenzen für die weitere Kursgestaltung[5] vorzuschalten.

Die Eingangsprüfungen legten den Fokus auf Wortschatz in den Bereichen Soziales und Gesundheit. Dazu mussten die interessierten Personen u.a. in einem simulierten Diagnosegespräch beim Allgemeinarzt ihre Fähigkeiten unter Beweis stellen. In der Simulation war die verantwortliche Mitarbeiterin von *FaZIT* die Ärztin, der hinzugezogene, jeweilige Muttersprachler der Patient und die an der Ausbildung interessierte Person der Dolmetscher. Es wurde auf die Ausdrucksfähigkeit im Deutschen geachtet, sowie auf das Auftreten und Bemühen der jeweiligen Kandidatinnen und Kandidaten.

Der Inhalt und der Ablauf der Qualifizierung orientierte sich inhaltlich eng am bundesweiten SprInt-Curriculum[6] ohne jedoch den zeitlichen Umfang der SprInt-Qualifizierung zu ermöglichen. Mit Blick auf den dringenden Bedarf an Sprachmittlung und der Notwendigkeit der personellen Aufstockung des bei *FaZIT* angesiedelten und fachlich begleiteten Pools an Gemeindedolmetschenden wurde die Qualifizierung auf 400 Stunden begrenzt. Zusammengefasst erstreckten sich die Inhalte auf Dolmetsch- und Kommunikationskompetenzen, Reflexionskompetenzen, interkulturelle Kompetenzen, Einführung in das Bildungssystem und Gesundheitssystem in Deutschland, Aufbau des entsprechenden Fachvokabulars, Einführung in die deutsche Sozialgeschichte mit Fokus auf die Sozialversicherungen.

Erster Sprachqualifizierungskurs in Potsdam, September 2016

Die Abschlussprüfungen, abgenommen von der Dolmetschdozentin und der verantwortlichen Mitarbeiterin von *FaZIT,* wurden von allen Teilnehmenden bestanden. Für das erfolgreiche Absolvieren der Prüfung musste ein Text ins Deutsche und in die Muttersprache schriftlich sowie ein Arztgespräch[7] mündlich übersetzt werden. Die Ergebnisse wurden mit Hilfe eines Punktsystems bewertet und es mussten 60 von 100 Punkten erreicht werden.

[5] Aufgrund des ursprünglich nicht geplanten Deutschkurses konnte in Potsdam das vorgesehene Praktikum nicht absolviert werden.

[6] Im Zeitraum von 2012 bis 2015 beteiligte sich *FaZIT* im Rahmen eines EIF-geförderten Projektes unter Federführung der Diakonie Wuppertal an der Erarbeitung dieses SprInt-Curriculums und startete in Kooperation mit zwei Berliner Bildungsträgern und dem Gemeindedolmetschdienst Berlin im Herbst 2014 die SprInt-Ausbildung mit Teilnehmenden aus den Bundesländern Brandenburg und Berlin.

[7] Die Teilnehmenden erhielten eine Woche im Voraus eine E-Mail mit dem Einsatzort (Allgemeinarzt) und den Symptomen des Patienten, sodass sie sich auf die Situation vorbereiten konnten. Die Diagnose war nur der Prüferin und

Für 2017 sind drei weitere viermonatige Qualifizierungslehrgänge im Land Brandenburg (voraussichtlich Cottbus, Eberswalde und Rathenow) sowie ein Aufbaukurs geplant, die konzeptionell und organisatorisch im Berichtszeitraum vorbereitet wurden. Auf diese Weise kann das Ziel erreicht werden, ein niederschwelliges Angebot der sprachmittlerischen Unterstützung für Migrantinnen und Migranten landesweit vorzuhalten und einzusetzen.

Der organisatorische Ausbau der Vermittlungszentrale umfasst verschiedene Aufgabenfelder, die im Verlauf der Projektphasen einen unterschiedlichen Umfang einnehmen:

- organisatorischer Aufbau bzw. Ausbau und fachliche Begleitung einer ehrenamtlich wirkenden Gruppe von Sprachmittelnden;
- konzeptionelle Weiterentwicklung und Umsetzung des Qualitätssicherungssystems für die Einsätze der Sprach- und Kulturmittlung;
- Beratung und Begleitung der betrieblichen und öffentlichen Projektpartner zu Fragen der Sprach- und Kulturmittlung;
- Öffentlichkeitsarbeit;
- Organisation, Abrechnung und Verwaltung der Einsätze von Sprachmittelnden.

dem beisitzenden Muttersprachler bekannt, der den Patienten spielte. Der Gesprächsverlauf wurde unter Berücksichtigung der erlernten Vokabeln ausgearbeitet und mit dem Patienten nachgestellt.

Stärken vor Ort. Qualifizierung für Ehrenamtliche in der Flüchtlingsarbeit

Brandenburg hat 2015/2016 so viele Geflüchtete aufgenommen wie noch nie in seiner Geschichte. Dass diese enorme Herausforderung in menschenwürdigen Umständen und konfliktfrei gemeistert werden konnte, ist das Verdienst aller Beteiligten: Mitarbeitenden der Verwaltungen, der Wohlfahrtsverbände und unzählige Bürgerinnen und Bürger. Sie alle haben große Anstrengungen unternommen, um handfeste Unterstützung für die ankommenden Flüchtlinge zu leisten. Ein besonderes Verdienst kommt jedoch den Brandenburgerinnen und Brandenburgern zu, die vielfach spontan und ohne feste Beziehung zu bereits bestehenden kommunalen, politischen oder religiösen Strukturen und den jeweiligen Fachkräften, große Hilfsbereitschaft, Solidarität und Zivilcourage gezeigt haben und vielerorts „... mitmenschlich geholfen, heimatlos gewordenen Menschen in Brandenburg einen guten Neuanfang zu ermöglichen."[8]

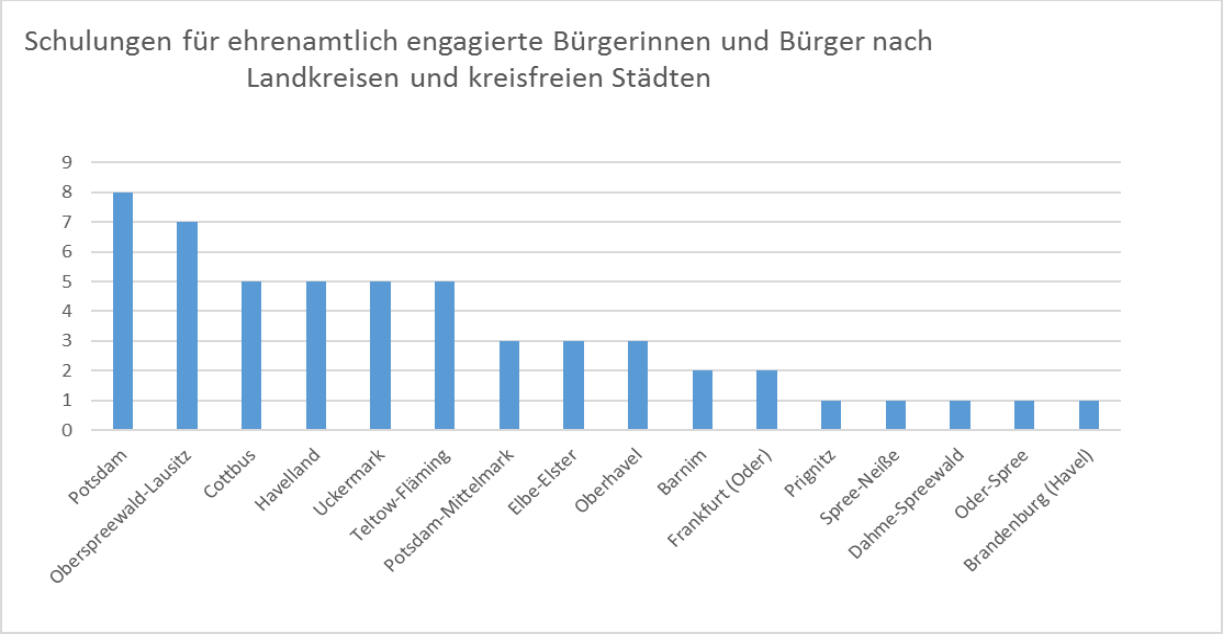
Die ehrenamtlichen Initiativen zur Unterstützung und Begleitung von Flüchtlingen führten Bürgerinnen und Bürger mit einem breit gefächerten beruflichen Hintergrund sowie unterschiedlichen Alters (bei einem hohen Anteil von Personen, die altersbedingt in keinem Arbeitsverhältnis mehr stehen) zusammen. In der Regel verfügten sie nicht über Vorkenntnisse zu Rechtsfragen, Leistungsansprüchen und Hilfsmöglichkeiten für Flüchtlinge sowie zu den bestehenden Regelstrukturen, die für die Beratung und Begleitung von Flüchtlingen relevant sein können. Häufig trafen sie ohne Vorbereitung auf für sie bis dahin unbekannte Anforderungen, die sich aus dem sensiblen Umgang mit Flüchtlingen ergeben können. In der Folge offenbarten sich mancherorts „gefährliches Halbwissen" und Aktionismus, interkulturelle Missverständnisse und Konflikte mit den Fachkräften der Flüchtlingsarbeit. Ebenso machten sich Anzeichen von Überlastung wie auch von Frustration bemerkbar.

Getragen von diesen Überlegungen, den Schlussfolgerungen ihrer Arbeit vor Ort und von konkreten Erwartungen der zivilgesellschaftlichen Akteure haben die Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen, die RAA Brandenburg und *FaZIT* in Zusammenarbeit mit der Integrationsbeauftragten des Landes Brandenburg bereits im Juni 2015 das Pilotprojekt *Schulung von ehrenamtlich in der Flüchtlingsarbeit engagierten Bürgerinnen und Bürgern* konzipiert und nach einer überaus kurzen Implementierungsphase in der Fläche des Landes zahlreiche Schulungen angeboten. Damit konnte ein wesentlicher Beitrag zur Aktivierung und Ertüchtigung der lokalen Zivilgesellschaften und zum Aufbau von lokalen Begegnungs- und Unterstützungsstrukturen in der Flüchtlingsarbeit geleistet werden. Ausgehend von den Ergebnissen und Erfahrungen dieses Pilotprojektes wurde das Vorhaben ***Stärken vor Ort. Qualifizierung für Ehrenamtliche in der Flüchtlingsarbeit*** als Fortsetzung dieser wichtigen Unterstützung konzipiert, um

[8] Gründungsaufruf des *Bündnisses für Brandenburg* vom 26. November 2015, online abrufbar unter http://buendnis-fuer-brandenburg.de

auf den weiterhin ungebrochen hohen Bedarf an Schulungen[9] ebenso zu reagieren wie auf sich verändernde Wünsche bezüglich der angebotenen Inhalte.

Dank der Zuwendungen der Landeszentrale für politische Bildung, des Landespräventionsrates Brandenburg und der Integrationsbeauftragten des Landes Brandenburg konnte das Pilotprojekt planmäßig zum 1. Januar 2016 starten und insgesamt 53 Schulungen (von 60 geplanten) mit ca. 650 Teilnehmerinnen und Teilnehmern durchgeführt werden. Die wichtigste Erfahrung aus dem Pilotprojekt bildete auch für das neue Vorhaben die entscheidende Richtschnur: die Bedürfnisse der engagierten Bürgerinnen und Bürger müssen einen deutlichen und klar kommunizierten Vorrang bei der Planung der Schulungen haben. Mit diesem konkreten Auftrag wurden die Veranstaltungen wohnortnah und, in Abstimmung mit den Partnern vor Ort, am Wochenende bzw. in den Abendstunden durchgeführt. Die folgende Grafik belegt, dass auch 2016 wieder gelang, die angebotenen Schulungen in die Fläche des Landes zu tragen.



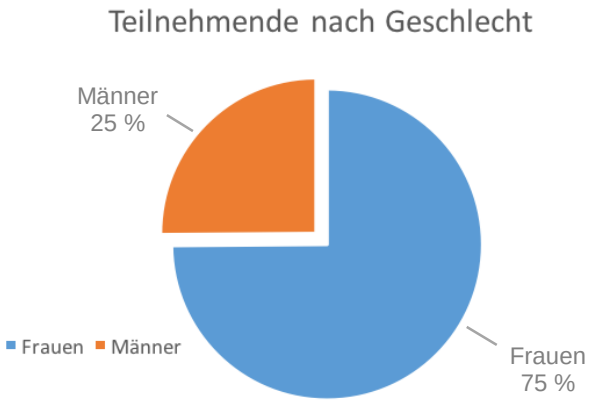
Ungeachtet der Nachfragen aus dem gesamten Land zeigte sich auch 2016 eine räumliche Konzentration auf die berlinnahen Regionen und Cottbus. Die hohe Zahl der Veranstaltungen in der Landeshauptstadt Potsdam ist vor allem mit terminlichen Schwierigkeiten der Referentinnen und Referenten in Verbindung zu bringen. Diese führten dazu, einzelne Veranstaltungen, wie etwa Alphabetisierung von Geflüchteten, nur in Potsdam anzubieten. Zum ersten Mal wurden Schulungen in Frankfurt (Oder) und in der Prignitz durchgeführt. Im Gegensatz zum Vorjahr konnte mit den Initiativen im Landkreis Ostprignitz-Ruppin im Jahr 2016 keine Schulung verein-

[9] Für das anhaltend hohe Interesse spricht auch die Tatsache, dass zum Ende des Berichtszeitraums Termine für das Jahr 2017 mehrfach angefragt wurden.

bart werden. Trotz intensiver Bemühungen gelang es ebenso nicht, mit den bestehenden Ehrenamtsgruppen im Landkreis Märkisch-Oderland Veranstaltungen zu vereinbaren. Möglicherweise ist dies auf die intensive Arbeit der RAA Brandenburg in diesem Landkreis zurückzuführen.

In der Regel wurde darauf geachtet, dass die Zahl der teilnehmenden Bürgerinnen und Bürger 15 nicht überstieg, um eine vertrauensvolle, den Teilnehmenden zugewandte Arbeit in den heterogen zusammengesetzten Gruppen zu ermöglichen. Eine Mindestzahl der Teilnehmenden wurde nicht vereinbart. Im Projektzeitraum wurden 53 Schulungen durchgeführt. Damit wurde die beantragte Anzahl von 60 Schulungen nur knapp verfehlt. Die Anzahl der pro Monat durchgeführten Schulungen schwankt über das Jahr verteilt sehr stark. In bestimmten Monaten, wie dem Dezember, oder den klassischen Urlaubsmonaten im Sommer kommen deutlich weniger Schulungen zustande.

Aufschlussreich bleibt weiterhin die Zusammensetzung der Schulungen, die in der Gesamtschau Anlass dazu geben kann, die These aufzustellen, dass ehrenamtliches Engagement in der Betreuung von Geflüchteten vor allem eine Domäne der Brandenburgerinnen ist, da die durchgeführten Veranstaltungen bis zu 75 % von Frauen besucht wurden.



Das Gesamtkonzept des Vorhabens sah eine Aufteilung der niedrigschwelligen Schulungen in ein Überblicksmodul und in vertiefende Schulungen vor. Unabhängig von der Tatsache, dass die konkreten Inhalte der jeweiligen Veranstaltungen mit den lokalen Partnern abgesprochen und somit an den konkreten Bedarf der jeweiligen Gruppe hin angepasst und gegebenenfalls entsprechend verändert wurden, hat sich diese Aufteilung im Sinne der Praxis- und Handlungsorientierung und Stärkung des Engagements bewährt. Die Überblicksmodule erlaubten es, die Heterogenität der Teilnehmenden zu berücksichtigen, an deren Erfahrungswissen anknüpfend Information zu vermitteln und sie als VermittlerInnen von bisherigen, eigenen Erfahrungen zu motivieren und die Schulungen mitzugestalten. Die folgende Tabelle gibt Aufschluss über die Inhalte der 2016 durchgeführten Schulungen.

Thema der Schulung	Anzahl durchgeführter Schulungen
Arabische Kultur	11
Überblick	10
Deutsch als Fremdsprache	9
Interkulturelle Kompetenz	7
Interkulturelle Kompetenz (bzgl. Islam)	4
Patenschaft	4
Alphabetisierung	2
Öffentlichkeitsarbeit	1
Selbstfürsorge	1
Umgang mit Traumatisierten	1

Die Auflistung der Inhalte zeigt einerseits, dass der Bedarf an Überblicksschulungen im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen ist und diese damit nicht mehr den Großteil der Veranstaltungen ausmachen. Dies deutet darauf hin, dass Kompetenzen vor Ort aufgebaut werden konnten. Nun rückten vertiefende Schulungsinhalte in den Vordergrund, die damit den veränderten Aufgaben, der Ansammlung von Erfahrungen aus den zurückliegenden Monaten der Begleitung von Geflüchteten und dem zwischenzeitlich erworbenen Wissen Rechnung trugen. Andererseits legt die hohe Nachfrage nach den vertiefenden Schulungen „Interkulturelle Kompetenz“ und „Alltag in arabisch-islamischen Kulturen“ den Schluss nah, dass auch nach über einem Jahr intensiven Engagements vor Ort und ständigem Kontakt mit den Geflüchteten die „kulturellen Barrieren“ in der Wahrnehmung vieler ehrenamtlich engagierter Bürgerinnen und Bürger nur langsam überwunden werden bzw. die aufkommenden Schwierigkeiten auch auf kulturelle Phänomene zurückgeführt werden.

In jeder Veranstaltung wurde der Bedarf für weitere vertiefende Schulungen durch eine abschließende Diskussion im Plenum und in einigen Veranstaltungen zusätzlich durch das Ausfüllen eines Fragebogens abgefragt. Dabei zeigte sich, dass die vertiefenden Fortbildungsbedarfe in Abhängigkeit von Profil des Engagements an den Standorten grundsätzlich stark ausdifferenziert sind.

Schulung Deutsch als Fremdsprache, Schwerpunkt Alphabetisierung von Geflüchteten

Durch Mittel der Integrationsbeauftragten des Landes Brandenburgs wurde es möglich, das Projekt ***Stärken vor Ort. Qualifizierung für Ehrenamtliche in der Flüchtlingsarbeit*** zu ergänzen und zu erweitern, um zusätzliche Angebote zur Stärkung und zum Ausbau des Engagements zu unterbreiten sowie die strategische Ausrichtung des Engagements auf Integrationsaufgaben zu unterstützen. Ab 1. Juni 2016 konnten diese neuen Angebote beworben werden.

Ein besonderer Fokus lag hierbei auf der Stärkung der Selbstfürsorge der engagierten Bürgerinnen und Bürger. Die Besonderheit ihres Engagements wird durch die nichtalltägliche Biographie der Flüchtlinge bestimmt. Sie treffen auf Menschen, die einen ungebrochenen (Über-)Lebenswillen, viel Mut und Hoffnung, wie auch unentbehrliche Anpassungsmechanismen von Bereitwilligkeit über Humor bis Begeisterung offenbaren. Aus dem persönlichen Schicksal der Flüchtlinge und angesichts möglicher Hindernisse für ihre Lebensperspektive in Deutschland sind widersprüchliche Gefühle ein fester Bestandteil des Alltags eines Großteils von Flüchtlingen, sodass Helferinnen und Helfer mit belastenden Erlebnissen oder/und Angst, Panik, Wut, Entwurzelung, depressiven Stimmungen, Hilflosigkeit und Ohnmacht konfrontiert sind. Mit einer Situation dieses Ausmaßes gekonnt umzugehen erfordert Wissen und Erfahrung. Sie bedeutet schon für professionell Tätige - die für diese Tätigkeit ausgebildet sind, fortgebildet und fachlich begleitet werden - ein Risiko.

In der konzeptionellen Planung der Veranstaltungen spielte ein weiterer Aspekt eine wesentliche Rolle. In der Flüchtlingsarbeit engagieren sich Bürgerinnen und Bürger beliebigen Alters und beruflichen Hintergrunds. Der Einsatz speist sich aus ihrer Empathie gegenüber den Hilfsbedürftigen und der Einsicht in den unmittelbaren Handlungsbedarf. Bei der bereitwilligen Übernahme sozialer Verantwortung steht die Frage nach der Eignung für diese anspruchsvolle Aufgabe nicht, Bürgerinnen und Bürger sind mit Herz und guten Mutes dabei, wo die Not am größten ist und das menschliche Elend fühlbar nah erlebt wird.

In diesem Umfeld können aber auch leicht Projektionen und Überforderungen entstehen sowie die Abgrenzungsfähigkeit verloren gehen. Damit müssen ehrenamtliche Helfer und Helferinnen umgehen lernen, ohne dass sie selbst davon mitgerissen werden, ihre innere Souveränität einbüßen, ihre Belastbarkeitsgrenzen unbemerkt überschreiten und als Folge davon ihre Lebensfreude und/oder den Sinn ihres Engagements verlieren.

Die im Rahmen der **Ergänzung und Erweiterung des Vorhabens *„Stärken vor Ort. Qualifizierung für Ehrenamtliche in der Flüchtlingsarbeit“*** geplanten und durchgeführten Veranstaltungen waren darauf ausgerichtet, Mechanismen der Selbstfürsorge kennenzulernen, auszuprobieren und für sich anzunehmen. Dazu war jedoch, neben dem Wissenstransfer, ein hohes Maß an Reflexion und Selbstreflexion erforderlich. Dies wiederum erforderte in der Regel a) einen geschützten und vertrauensvollen Raum zur Begegnung und zum Austausch von Erfahrungen sowie b) eine fachliche Moderation, die zwar gezielt und beharrlich die Themen im Fokus hielt, aber stets flexibel auf den unmittelbaren Bedarf der Helferinnen und Helfer eingehen konnte. Es bot sich daher an, diese Fortbildungen vorrangig in dem Format von **Wochenendseminaren** (in der Regel Anreise Freitag, 17 Uhr und Abreise Sonntag, 14 Uhr) durchzuführen. Dieser äußere Rahmen ermöglichte durch a) die längere gemeinsame Seminararbeit und b) die

Mischung von Seminararbeit und zwanglosen, informellen Austausch einen stärkeren Impuls auf den Erfahrungsaustausch unter den Teilnehmenden, die Reflexion des eigenen Engagements und die Vernetzung.

Themensammlung im Wochenendseminar

Die Einführung von Wochenendseminaren griff zugleich Anregungen der Teilnehmenden aus dem Jahr 2015 sowie Hinweise der Referentinnen und Referenten auf.[10] Diese Seminare wurden in den Bildungsstätten Blossin oder Flecken Zechlin durchgeführt, die jeweils hervorragende Arbeitsbedingungen boten.

Insgesamt waren sechs Wochenendseminare geplant. Jedoch konnten nur drei Veranstaltungen durchgeführt werden, während drei weitere aufgrund der geringen Anzahl der Anmeldungen abgesagt werden mussten. Die Zahl der Teilnehmenden bleibt weit hinter den Erwartungen zurück. Aus dem Kreis der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer wurde mehrfach mitgeteilt, dass der erhobene Teilnahmebeitrag zu hoch sei. Dieser Teilnahmebeitrag musste jedoch aus zuwendungsrechtlichen Gründen erhoben werden, um die Verpflegungskosten abzudecken.

Datum	Thema des Wochenendseminars	Teilnehmende
23.-25.09.2016	Deutsch als Fremdsprache	11
21.-23.10.2016	Alltag in arabisch-islamisch geprägten Kulturen	4
04.-06.11.2016	Ich allein und wir zusammen: Stärken erhalten – Stärken ausbauen	5

[10] Im Verlauf des Jahres 2015 wurde von den Teilnehmenden, aber auch von den Referentinnen und Referenten, häufig die Rückmeldung gegeben, dass der zeitliche Rahmen zu eng wäre, und viele Themen nicht in angemessener Breite innerhalb der vorgesehenen sechs Unterrichtseinheiten besprochen werden konnten. Referentinnen und Referenten äußerten zusätzlich, dass der Aufbau einer Gruppenatmosphäre, die einen offenen, vertrauensvollen Austausch stimuliert, aufgrund des engen zeitlichen Rahmens oftmals nicht möglich war.

Am 16. November 2016 trafen sich alle von *FaZIT* beauftragten Referentinnen und Referenten zur gemeinsamen Auswertung. Neben Fragen der Verbesserung der Angebote und des Ablaufes der Schulungen in technisch-organisatorischer Hinsicht diente diese Zusammenkunft vor allem der Findung von Themen der Schulungsangebote im Jahr 2017. Das eindeutige Votum der Anwesenden, das sich darüber hinaus mit den Informationen der Auswertungsbögen, die von den Teilnehmenden am Ende jeder Veranstaltung ausgefüllt wurden, ergänzte, stellte folgende Themenfelder in den Mittelpunkt:

- berufliche Integration und Sozialrecht;
- Konfliktlösungskompetenzen;
- Selbstfürsorge.

GU trifft Gemeinde

Die seit 2014 steigende Aufnahme von Flüchtlingen stellte die Kommunen des Landes vor große Herausforderungen. Bei der Erfüllung dieser Pflichtaufgabe nach Weisung – wie es in der Landesverfassung heißt – sind die Mitarbeitenden der kommunalen Verwaltungen vielerorts bis an die Grenzen der eigenen Arbeitsfähigkeit gegangen und manchmal auch darüber hinaus. In rascher Folge waren Gemeinschaftsunterkünfte zu errichten und einzurichten sowie die verwaltungstechnischen Abläufe der Aufnahme und Versorgung einer bis zum Jahresende 2015 stetig wachsenden Zahl von Flüchtlingen zu gewährleisten.

Vor diesem Hintergrund fanden sich in vielen Städten und Gemeinden des Landes Bürgerinnen und Bürger zusammen und bildeten sich Willkommensinitiativen, die sich für die Aufnahme von Flüchtlingen und deren Unterstützung engagierten. Ohne dieses überwältigende Engagement hätte die Aufnahme von Flüchtlingen in Brandenburg nicht bewältigt werden können.

Dieses breite Engagement zu unterstützen und zu verstetigen ist das Anliegen des am 1. März 2015 gestarteten Vorhabens *GU trifft Gemeinde*. Durch das Programm *Demokratie Leben!* des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend wird *GU trifft Gemeinde* als Modellprojekt gefördert. In ausgewählten Standorten wird eine frühzeitige Einbeziehung möglichst vieler zivilgesellschaftlicher Akteure und ihr Zusammenwirken mit kommunalen Einrichtungen bei der Aufnahme von Flüchtlingen in der jeweiligen Gemeinde angestrebt und dieser Prozess moderiert und fachlich begleitet. Die gewonnenen Erfahrungen beim Aufbau von lokalen Begegnungs- und Netzwerk- sowie Beratungs- und Unterstützungsstrukturen werden verallgemeinert und den Akteuren in anderen Kommunen zur Verfügung gestellt.

Nach einer kurzen Erkundungsphase wurde im Projektteam (drei Teilzeitbeschäftigte) die Entscheidung getroffen, in zunächst folgenden Standorten[11] tätig zu werden:

- Wusterhausen/Dosse, eine ländlich geprägte Stadt im Landkreis Ostprignitz-Ruppin mit ca. 6.000 Einwohnerinnen und Einwohnern;
- Stahnsdorf, eine amtsfreie Gemeinde des Landkreises Potsdam-Mittelmark mit ca. 15.000 Einwohnerinnen und Einwohnern im sogenannten Speckgürtel von Berlin gelegen.

[11] Die ursprüngliche Entscheidung, die Gemeinde Nauen im Landkreis Havelland als Projektstandort zu wählen, musste aufgrund der Brandstiftung und der kompletten Zerstörung der geplanten GU im August revidiert werden.
In der Stadt **Nauen** herrschte seit der Bekanntgabe der Einrichtung einer Notunterkunft bzw. einer Gemeinschaftsunterkunft mit einer Kapazität von etwa 250 Personen ein angespanntes Klima: rechtsextreme Kräfte demonstrierten gegen die Aufnahme von Asylsuchenden, eine Stadtverordnetenversammlung wurde von rechten „Wutbürgern“ so gestört, dass sie abgebrochen werden musste und am 25. August 2015 brannte die Sporthalle, in der vorrübergehend ca. 100 Flüchtlinge untergebracht werden sollten. Bürgerinnen und Bürger, die sich für die Aufnahme von Flüchtlingen einsetzten, wurden durch aggressiv auftretende rechte Kräfte beschimpft und bedroht. Die vor Ort tätigen demokratischen Initiativen wurden dennoch im Jahr 2015 durch das Projektteam in dem Bemühen unterstützt, eine angemessene Antwort auf die Brandstiftung zu finden.

In diese beiden Gemeinden wurden 2016 zunächst die im Vorjahr begonnenen Projektaktivitäten fortgesetzt und weiterentwickelt. Die demographische und sozialräumliche Situation in den Standorten sowie die Vereinslandschaft unterscheiden sich ebenso grundlegend voneinander wie auch die Zusammensetzung der Bewohnerinnen und Bewohner der jeweiligen GU. In der Folge war auch das Vorgehen der Projektmitarbeiterinnen vor Ort seit Projektbeginn deutlich voneinander abgehoben, wie im Folgenden dargestellt wird.

Projektstandort Stahnsdorf

Im Fokus der Projektarbeitet stand die Stabilisierung und der weitere Ausbau des 2015 aufgebauten örtlichen Hilfenetzwerkes. Die Projektmitarbeiterin wirkte von Beginn an als Moderatorin des Netzwerkes und der Informationsschaltstelle. Diese Funktion war um den Jahreswechsel 2015/2016 und im Frühjahr 2016 von besonderer Wichtigkeit, da die Fluktuation der Sozialarbeiterinnen und -arbeiter der GU Stahnsdorf zwischenzeitlich relativ hoch war (der Träger versetzte Personal in andere, neu eröffnete GU bzw. Notunterkünfte oder die Mitarbeitenden schieden auf eigenen Wunsch hin aus) und die Situation erschien auf den ersten Blick chaotischer als im Jahr zuvor.

Die frühzeitige organisatorische Stärkung des Helfernetzwerkes durch die Projektmitarbeiterin und die von ihr durchgeführten bzw. vermittelten Informations- und Schulungsangebote bewährten sich in dieser Situation besonders. Die „eingespielte“ Gruppe übernahm Verantwortung und organisierte eigenständig sehr viele Aktivitäten.

Unter den Aktivitäten, die unter maßgeblicher Mitwirkung der Projektmitarbeiterin zustande kamen bzw. auf ihre Anregung zurückgehen, heben sich folgende heraus:

- Das Begegnungscafé der evangelischen Kirche Kleinmachnow, das 2016 bereits einjähriges Bestehen feiern konnte, sich nach wie vor großer Beliebtheit erfreut und sich als Ort des gegenseitigen Kennenlernens bewährt hat;
- Das Patenschaftsprojekt, dem es, dank der inhaltlichen Vorarbeit durch das Projekt, gelungen ist, seine Aufgaben den Bedürfnissen der Geflüchteten anzupassen und weiterzuentwickeln, sodass aus der anfänglichen Sicherung des Ankommens in der Gemeinde eine alltägliche Integrationsbegleitung geworden ist;
- Das Fahrradprojekt, das trotz vieler ersatzteiltechnischer Schwierigkeiten weitergeführt wird;
- Das Spielzimmer in der GU, das ausschließlich durch ehrenamtliche Betreuungsarbeit offengehalten wird;
- Der Deutschunterricht und der Orientierungskurs „Wohnen in Deutschland“, welche durch eine Gruppe freiwilliger Lehrerinnen und Lehrer konzipiert und organisiert wurden;
- Die inhaltliche Veränderung des Deutschunterrichts zu einem ergänzenden Konversationsangebot „Alltag in Deutschland“ aufgrund des Besuches der bundesfinanzierten Integrationskurse durch die Mehrheit der Bewohnerinnen und Bewohner;
- Breit gefächerte kulturelle und sportliche Angebote der ortsansässigen Vereine für Geflüchtete in Stahnsdorf.

Studierende der Harvard University informieren sich vor Ort zum Thema ehrenamtliches Engagement in der Begleitung von Geflüchteten, März 2016

Am 19. Mai 2016 berief der Heimleiter der GU Stahnsdorf eine Vollversammlung der Ehrenamtlichen ein. Neben dem ausdrücklichen Dank an alle Helfenden war das Anliegen der Veranstaltung, die Tätigkeit des Projektes *GU trifft Gemeinde* an diesem Standort einzuschätzen. Alle Anwesenden stimmten darin überein, dass als eindeutiges Ergebnis der Projektarbeit sich die Freiwilligenarbeit am Projektstandort verstetigt hat und den Belastungen durch die Mehraufnahme von Geflüchteten, die wechselnde Belegung der GU (zunächst Asylsuchende aus dem Balkan, dann vor allem aus Syrien und Eritrea) und die Personalfluktuation standgehalten hat und sogar in der Lage war, mit Ruhe und Gelassenheit das Engagement fortzusetzen und auszudehnen. Das hatte positive Auswirkungen auf die Begleitung der Geflüchteten aber auch auf das politische Klima in der Gemeinde, die sich klar gegen einen Umschwung der Stimmung wehren konnte. Zur Nachhaltigkeit der Projektarbeit haben, so die Einschätzungen der Teilnehmenden, vor allem die durch das Projekt zur Verfügung gestellten Informations- und Schulungsmöglichkeiten beigetragen.

Eine besondere Rolle spielte bei der Etablierung einer stabilen und belastbaren Willkommenskultur auch der von der Projektmitarbeiterin herausgegebene Newsletter (Auflage 200 Exemplare). Diese monatliche Publikation wurde für Terminankündigungen und andere wichtige Informationen genutzt und diente gleichzeitig als Sprachrohr der GU. Dass der Newsletter auch Men-

schen erreicht, die sich nicht aktiv in Hilfenetzwerken engagieren, wurde als sehr positiv eingeschätzt, weil die Nachbarschaft der GU informiert und auf diese Weise ein Beitrag für mehr Nähe zu den Bürgern und Bürgerinnen gleistet wird.

Die Anwesenden hoben die Bedeutung des Newsletters in der Abwehr möglicher rechtspopulistischer Kräfte hervor und sprachen sich dafür aus, dass der Newsletter auch weiterhin als ein Instrument der Transparenz und Offenheit genutzt wird. In diesem Sinn wurde auf der Versammlung die Bildung eines Redaktionsteams durch Freiwillige beschlossen, das in enger Abstimmung mit der Hausleitung der GU wirksam wird.

Von Seiten des Trägers der GU wurde der Aufbau des gut funktionierenden Netzwerks der lokalen Akteure durch *GU trifft Gemeinde* gewürdigt. Darüber hinaus wurde versichert die erfolgreichen Aktivitäten des Projektes fortzusetzen und dafür eigene Mittel bzw. Mittel des Landkreises zu nutzen.

In **Wusterhausen/Dosse** wurde nach umfangreichen Baumaßnahmen Anfang 2015 eine GU eingerichtet, deren Kapazität sich auf 250 Personen beläuft. Anders als angekündigt wurde die Unterkunft im Jahr 2016 nur zur Hälfte ausgelastet. Ungeachtet dessen wurden die Aktivitäten des Projektes im Jahr 2016 fortgeführt:

Das Begegnungscafé im Herbst'schen Haus (Stadtbibliothek) am Alten Markt in Wusterhausen/Dosse fand weiterhin in regelmäßigen Abständen statt (etwa alle 4 bis 6 Wochen). Anstatt die Begegnungscafés im Heim abzuhalten (wie im Jahr 2015) wurde entschieden, diese Treffen im Herzen der Stadt und somit zentraler zu organisieren: So wurde die Runde „erweitert", was eine gewisse Offenheit gegenüber bisher zurückhaltenden Bürgerinnen und Bürger vermittelte. Dank des Engagements des Bürgermeisters durften die Räumlichkeiten der Stadt für solche Veranstaltungen der Willkommensinitiative immer unentgeltlich genutzt werden. Das Engagement der Bürgerinnen und Bürger der Stadt zeigte sich darin, dass sie zahlreich erschienen und an der Organisation beteiligt waren – auch die Bewohnerinnen und Bewohner aus der GU waren gut vertreten (überwiegend Männer) und brachten immer Kuchen aus ihren Herkunftsländern mit. Diese Treffen waren nicht nur eine gute Gelegenheit, die Kenntnisse der deutschen Sprache anzuwenden, sondern auch eine Möglichkeit, sich weiter zu vernetzen, sich über die Geschehen im Ort auszutauschen und neue Nachbarn kennenzulernen. Trotz des Wunsches einiger Beteiligten und der Projektmitarbeiterin, zum Anfang jedes Treffens eine kurze Gesang- oder Theatervorstellung zu initiieren („Kultur aus allen Ländern künstlerisch vorstellen") blieben die Begegnungscafés immer informell und ohne „Tagesordnung", so der Wunsch der meisten Anwesenden.

Im Rahmen der von der Projektmitarbeiterin moderierten Netzwerkarbeit wurde der Berliner Fotograf Lorenz Kienzle nach Wusterhausen eingeladen, der sich und sein fotografisches Projekt „Ein Jahr Heimat" in Kooperation mit dem Käthe-Kollwitz-Museum in Berlin beim Begegnungscafé im April vorstellte. Sein Vorhaben war, geflüchtete Menschen in ihrer neuen Heimat Brandenburg, insbesondere im ländlichen Raum zu portraitieren und über ihre Geschichten und Zukunftsperspektiven zu erfahren. Dank der Vermittlung der Projektmitarbeiterin hat Herr

Kienzle in der GU Wusterhausen ein paar wichtige Kontakte geknüpft und diese Personen in sein Projekt einbezogen.

Der Koordinationskreis wurde auf Anregung der Projektmitarbeiterin 2015 gegründet, um die Aufgaben zu verteilen, die mit der Willkommensinitiative zusammenhängen und zur gegenseitigen Berichterstattung der jeweiligen Unterarbeitsgruppen (Deutschkurs, Arbeits- und Praktikumsvermittlung, Aktivitäten). Anwesend waren stets der Bürgermeister der Gemeinde, die Heimleiterin oder ein Sozialarbeiter sowie mindestens ein ehrenamtlich engagierter Helfender (meistens mit Erfahrung und Netzwerken in der Region).

Die Bürgersprechstunde wurde Ende 2015 eingeführt, um für alle Interessenten ein offenes Ohr zu haben und die Möglichkeit einzuräumen, in die GU zu kommen und sich selbst ein Bild zu machen. Dieses Angebot wurde ab Februar 2016 als solches nicht weitergeführt, da viele Besucher sich nicht an die Sprechzeiten gehalten haben. Dies zeigt aber, dass die Bürgerinnen und Bürger durchaus Interesse an einem Austausch mit dem Heimpersonal haben und die Mitarbeitenden offen sind für Dialog und Angebote der Bürgerinnen und Bürger.

Die zweite von der Projektmitarbeiterin initiierte Ehrenamtsrunde[12] fand am 11.04.2016 im Herbst'schen Haus statt, um einen Erfahrungsaustausch unter den Ehrenamtlichen zu ermöglichen, über den aktuellen Stand der Aktivitäten (laufende Deutschnachhilfe oder Gruppenunterricht, Fahrradwerkstatt und Beschäftigung mit Kindern) zu berichten und über die konkrete Situation in der GU zu informieren. Dieses Treffen bot zugleich Raum für die Vermittlung von allgemeinen Informationen zum Asylverfahren sowie zur Ankündigung von Weiterbildungs- und Informationsveranstaltungen und Fördermöglichkeiten für kleine Projekte im Land Brandenburg. Besonders interessant waren die Aussagen der Ehrenamtlichen in dieser Runde über ihre „schönsten Erfahrungen" und ihre Motivation in der Arbeit mit Geflüchteten (menschliche Nähe, neue Freundschaften).

Im Frühjahr 2016 konnte die Broschüre/Newsletter „Wusterhausen hilft" fertiggestellt und an den Bürgermeister übergeben werden. Diese Publikation wurde für Spendenaufrufe sowie Einladungen rund um die Willkommensinitiative genutzt.

Ab Januar 2016 wurden folgende neue Angebote durch die Projektmitarbeiterin angeregt bzw. in ihrer Verantwortung durchgeführt, um den Kontakt zwischen Bürgerinnen und Bürger der Stadt Wusterhausen/Dosse und den Geflüchteten intensiver zu gestalten:

- In Absprache mit der Leiterin des „Familien-Cafés" der Kirchengemeinde wurde im Gemeindehaus ein „offenes Café" eingerichtet, das den Geflüchteten regelmäßig die Gelegenheit bot, ihre Fragen zu stellen (beispielsweise bezüglich eines Dokuments, über das Job Center, die Arbeitssuche und zur Orientierung beim Amt usw.). Beratend standen ein bis zwei Ehrenamtliche zur Verfügung. Das Angebot verstand sich als „Raum des Vertrauens" für alle. So waren auch andere benachteiligte Bürgerinnen und Bürger

[12] Die erste Ehrenamtsrunde wurde im September 2015 durchgeführt.

in der Gemeinde willkommen. Über das Angebot wurde sowohl im Verteiler als auch durch Aushänge im Heim und der Kirche informiert.

- Von Januar bis März 2016 wurde eine Foto-Tour durchgeführt, die unter dem Thema stand *Deine neue Heimat in Bildern.*
  Die Foto-Tour wurde zusammen mit dem Gymnasium Friedrich-Ludwig-Jahn und der Carl-Diercke-Oberschule in Kyritz organisiert. Die Flüchtlingskinder bzw. -jugendlichen aus Wusterhausen gehen nach Kyritz in die Oberschule. Die Schülerinnen und Schüler aus dem Gymnasium haben keinen Kontakt zu Flüchtlingen in ihrem schulischen Alltag – Ziel der gemeinsamen Foto-Tour mit beiden Schulen war somit vorrangig eine erste Kontaktaufnahme zwischen den einheimischen und ausländischen Jugendlichen und mögliche Berührungsängste zwischen der einheimischen Bevölkerung und den Heimbewohnerinnen und -bewohnern abzubauen.

  Begonnen hat das Projekt mit der Vorstellung des Vorhabens in den Klassen des Gymnasiums, um Schülerinnen und Schüler dafür zu begeistern und eine Gruppe zusammenzustellen. Auf Grund von Ferien und schulischen Terminen konnte das Projekt erst Anfang Februar starten. Am 15. Februar 2016 fand das erste Kennenlernen zwischen den teilnehmenden Schülerinnen und Schülern der Oberschule und des Gymnasiums statt. Die Gruppe bestand aus 7 Schülerinnen und Schülern der Oberschule und 10 Schülerinnen und Schülern des Gymnasiums im Alter zw. 10 bis 17 Jahren. Eine Lehrerin der Oberschule und eine Lehrerin des Gymnasiums, eine Sozialarbeiterin aus der GU in Wusterhausen und die Projektmitarbeiterin waren anwesend. Zunächst wurde das Thema der Foto-Tour bekannt gegeben: „Deine (neue) Heimat“ und „Unterwegs“. In kleinen Gruppen haben sich die teilnehmenden Schülerinnen und Schüler bei dieser Auftaktveranstaltung erstmal gegenseitig Fragen gestellt, um sich kennenzulernen: Woher kommst du? Was sind deine Hobbies? Wie lange lebst du in Wusterhausen/Kyritz? Dazu mussten sie ihre Ideen für das Kunstprojekt besprechen (wie stellen wir unsere Bilder vor, was wollen wir mit unseren Bildern zeigen usw.).

  Bei der zweiten Zusammenkunft am 22. Februar in der Carl-Diercke-Oberschule wurden gemischte Tandems gebildet und die 10 Einwegkameras ausgehändigt. Die Tandems sind eigenständig losgegangen. Einige entschieden sich für eine geführte Tour der Schulen durch die Schülerinnen und Schüler selbst, andere erkundeten die Umgebung der Schule. Dabei entstanden bereits Bilder. An diesem Tag nahmen auch die Teilnehmenden die Einwegkameras mit nach Hause und verabredeten sich mit der Sozialarbeiterin zu einem weiteren Treffen in Wusterhausen, um mehr Bilder ihrer (neuen) Umgebung zu schießen. Abgabedatum der Einwegkameras war der 3. März. Die Schüler haben bei einem weiteren Treffen in der Woche vor dem Kunstfest die besten Bilder selber ausgewählt und anhand von Kollagen und Zeichnungen in Szene gesetzt (auf einem Plakat mit dem Titel „Unterwegs“, das etwas „neutraler“ ist als „(neue) Heimat“). Die Namen aller Teilnehmenden wurden in drei verschiedenen Sprachen (Russisch, Arabisch und

Deutsch) auf dem Plakat übersetzt bzw. aufgeschrieben. Materialien für das Plakat wurden von der Schule zur Verfügung gestellt.

Es kann als ein deutlicher Erfolg der Foto-Tour gewertet werden, dass sich die Schülerinnen und Schüler aus beiden Schulen durch die regelmäßigen Treffen angefreundet haben. Selbstständig haben die deutschen und ausländischen Schülerinnen und Schüler entschieden, zu dem geplanten Kunstfest am 11. März im Gymnasium selbstgebackene Kuchen und Spezialitäten aus ihrer Heimat mitzubringen und diese den Gästen gegen

Vorbereitung des Kulturfestes mit Schülerinnen und Schülern

eine kleine Spende für die Gemeinschaftsunterkunft in Wusterhausen anzubieten. Jeder Kuchen war mit einer kurzen Beschreibung versehen. Dadurch ging die interkulturelle Begegnung über das Fotoprojekt hinaus. Ganz natürlich unterhielten sich die Jugendlichen auf Deutsch – auch die etwas zurückhaltenden Schüler beteiligten sich aktiv an der Gestaltung des Plakats. Die Besucher des Kunstfestes (überwiegend Eltern der Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums sowie Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Kyritz) zeigten sich interessiert und fragten bei dieser Gelegenheit konkret nach der aktuellen Lage in der GU in Wusterhausen. Dieser Dialog zählt ebenso zu den Erfolgen der Foto-Tour.

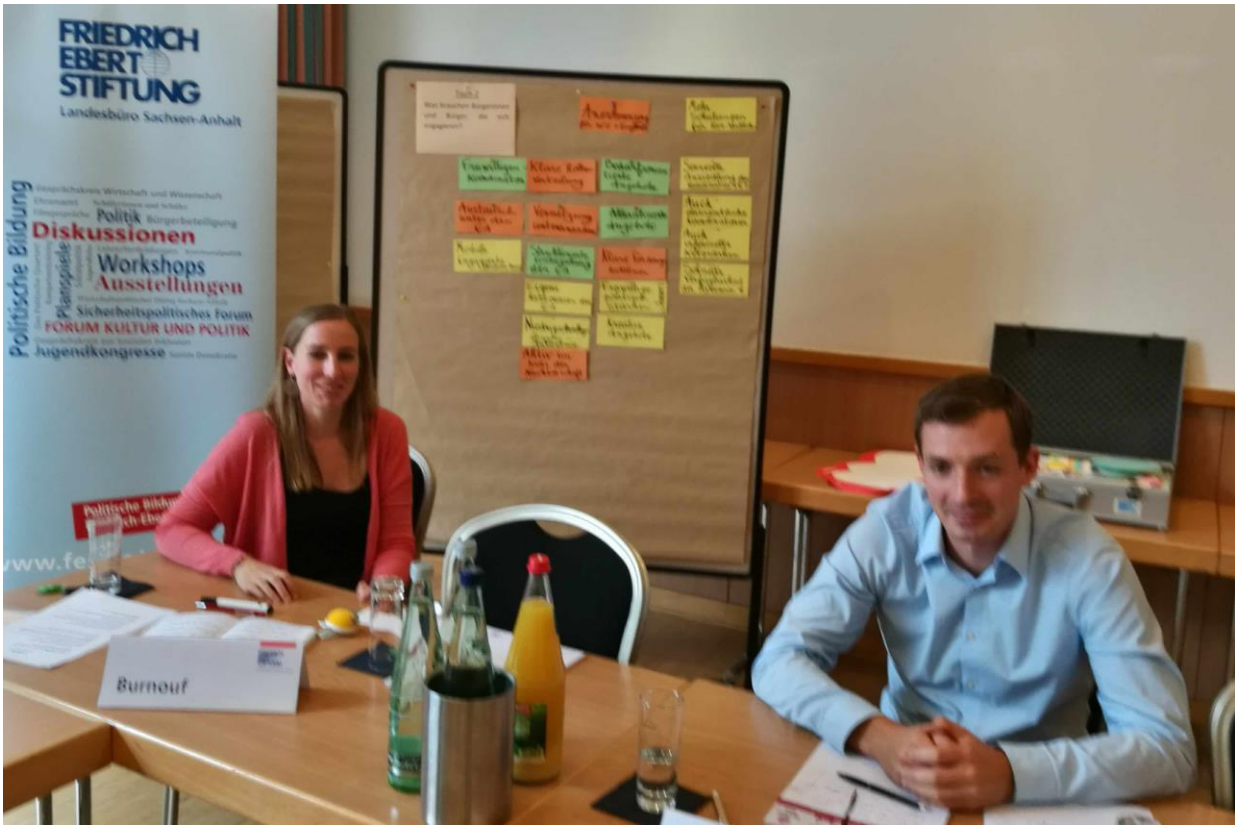
Die Mitarbeiterin des Modellprojektes *GU trifft Gemeinde* hat sich vor Ort zur **Ansprechperson für die verschiedenen Themen der Flüchtlingsarbeit** im Sinne des *information brokings* entwickelt. Dabei stand die Recherche und Aufbereitung von Informationen zur Ehrenamtsarbeit, zur aktuellen Lage in der Flüchtlingspolitik, zu regionalen und überregionalen Schulungsangeboten oder zu Fördermöglichkeiten im Mittelpunkt. Dazu wurde sowohl die direkte Kontaktarbeit, die Arbeit in den örtlichen Gremien als auch der Ausbau und die Pflege des Verteilers „Wusterhausen hilft" genutzt. Diese Aufgabe schloss auch die unmittelbare Unterstützung bei Antragsstellung für Fördermöglichkeiten sowie die Vermittlung an weitere, gegebenenfalls überregionale Ansprechpartner mit ein.

Die Konzeption des Modellprojektes *GU trifft Gemeinde* sieht vor, dass dieses Vorhaben den Aufbau von Strukturen der Begegnung unterstützt und darauf hinwirkt, dass diese Strukturen sich stabilisieren und selbsttragend wirksam werden. Die Planung sah vor, dass nach einem Zeitraum von 12 bis 15 Monaten gemeinsam mit den lokalen Partnern des Vorhabens eine Bewertung des erreichten Standes erfolgt und, abhängig von deren Ergebnis, ein allmählicher oder auch rascherer Rückzug aus den jeweiligen Standorten erfolgt. Die Ergebnisse und Erfahrungen der bisherigen Projektarbeit werden dann im Aufbau bzw. in der Begleitung von Unterstützungsstrukturen in anderen Orten des Landes Brandenburg genutzt.

In beiden Standorten gelangten sowohl die Projektmitarbeiterinnen als auch die örtlichen Partner zur Mitte des Jahres 2016 zu der Einschätzung, dass die vom Projekt initiierten Strukturen ein hohes Maß an Selbstständigkeit erreicht haben. Ein Wechsel in neue Standorte rückte somit auf die Tagesordnung.

Da beide Projektmitarbeiterinnen aus persönlichen Gründen zum 1. Juni bzw. 1. November das Projekt verließen, verzögerte sich die Auswahl neuer Standorte und konnte bis zum Jahresende nicht abgeschlossen werden.

Um die Zwischenergebnisse des Modellprojektes in einer breiten Öffentlichkeit zu diskutieren, lud das Projekt gemeinsam mit den Landesbüro Sachsen-Anhalt der Friedrich-Ebert-Stiftung Fachkräfte, Gemeindevertreterinnen und -vertreter sowie ehrenamtlich engagierte Bürgerinnen und Bürger am 27. und 28. September 2016 zu einer Fachkonferenz nach Lutherstadt Wittenberg. Im Verlauf der zweitägigen Veranstaltung diskutierten die Teilnehmenden aus drei ostdeutschen Bundesländern die Auswirkungen der Aufnahme von Geflüchteten auf das bürgerschaftliche Engagement und die demokratische Beteiligung in den jeweiligen aufnehmenden Gemeinden. Aufgrund der besonderen Bedingungen legten sie dabei den Fokus auf Ostdeutschland und beleuchteten die möglichen mittel- und langfristigen Auswirkungen des zahlreichen Entstehens von Willkommensinitiativen für die lokalen zivilgesellschaftlichen Strukturen und die Formen der demokratischen Beteiligung.



Teilnehmende der Konferenz „Flüchtlinge in unserem Gemeinwesen: Herausforderung und Chance“ vom 27. - 28.09.2016 in Wittenberg (Lutherstadt)

Die Teilnehmenden stimmten mehrheitlich darin überein, dass die im Jahr 2015 rapide in die Höhe schnellenden Zahlen geflüchteter Menschen Deutschland unvorbereitet getroffen haben. Gleichzeitig hat die Reaktion auf diese Entwicklung deutlich vor Augen geführt, dass in Ostdeutschland eine belastbare Zivilgesellschaft existiert bzw. „aus dem Tiefschlaf“ erwachte und zu unkonventionellen, spontanen Maßnahmen in der Lage ist. Dieses „wirkliche Sommermärchen“, wie es ein Teilnehmer aus Brandenburg ausdrückte, hat ein großes demokratisches Potential geschaffen, das es zu pflegen und zu verstetigen gilt. Daher war es den Anwesenden ein zentrales Anliegen, darauf zu verweisen, dass der allgegenwärtige Ruf und das überall zu vernehmende Lob gegenüber ehrenamtlichem Engagement sich „übersetzt“ in eine angemessene Förderung dieser bürgerschaftlichen Aktivitäten und die gewonnenen Räume für ein langfristiges, politisches und gesellschaftliches Engagement zu nutzen.

Leben und arbeiten ohne Gewalt – Anti-Gewalt- und Deeskalationstrainings für Bewohnerinnen und Bewohner von Gemeinschaftsunterkünften für Asylsuchende und Flüchtlinge sowie für das Personal der Gemeinschaftsunterkünfte

Vor dem Hintergrund der Häufung der gewalttätigen Vorkommnisse in den GU suchte das Team von *FaZIT* ab 1. Oktober 2014 bis 30. Januar 2015 in allen Landkreisen und kreisfreien Städten gezielt die Unterkünfte auf, um - in Abstimmung mit dem Landespräventionsrat Brandenburg - Daten zu gewalttätigen Vorkommnissen in den Unterkünften, zum Umgang mit diesen Vorkommnissen und den Tätern sowie den Strategien zur Deeskalation zu erheben. Ungeachtet der Tatsache, dass die Befragung unter statistischen Kriterien weder vollständig noch repräsentativ[13] ist, lieferten die erhobenen quantitativen und qualitativen Daten genügend Material, um im März 2015 eine Beschreibung der Situation in den GU mit großer Aussagekraft vorzulegen.

Die Ergebnisse dieser bundesweit einmaligen Untersuchung lieferten die folgenden grundlegenden Erkenntnisse:

- Die GU in den Landkreisen und kreisfreien Städten des Landes Brandenburg geben in Bezug auf gewalttätige Vorkommnisse kein einheitliches Bild ab. So wie die Unterkünfte sich beispielsweise in Hinblick auf Kapazität, Lage oder Personalausstattung unterscheiden, zeigt sich eine erhebliche Differenzierung der GU hinsichtlich der Art und vor allem der Häufung von gewalttätigen Vorkommnissen.
- Physische Gewalt in der GU ist eindeutig ein spezifisch männliches Problem. In den meisten benannten Auseinandersetzungen wurden Männer, zumeist junge Männer, als Beteiligte angegeben bzw. fast alle tätlichen Angriffe wurden von Männern verübt.

[13] Die Durchführung sowohl einer vollständigen als auch einer repräsentativen Befragung erwies sich aufgrund der Besonderheiten einer GU als gänzlich unmöglich. Hier sind zunächst und vor allem die begrenzte Kapazität für die Datenerhebung und das Prinzip der Freiwilligkeit bei der Teilnahme an Befragungen zu nennen. Ebenso wichtig ist die Tatsache, dass der überwiegende Teil der Bewohnerinnen und Bewohner über keine ausreichenden Kenntnisse in der deutschen Sprache verfügt, um einer komplexen Befragung zu folgen und die gestellten Fragen hinreichend zu beantworten. Bei der anzutreffenden sprachlichen Vielfalt konnte auch eine Übersetzung des deutschen Fragebogens in die entsprechenden Muttersprachen nicht in Betracht kommen.
Zur Datenerhebung unter den Bewohnerinnen und Bewohnern der GU wurde ein standardisierter Fragebogen entwickelt. Zur Befragung wurden in der jeweiligen, besuchten Einrichtung angetroffene, erwachsene Flüchtlinge angesprochen, um den Zweck der Befragung zu erläutern, die Anonymität der Erhebung und Auswertung der Daten zu versichern und zur Mitwirkung einzuladen. Diese zufällige Auswahl konnte jedoch nicht das gesamte Universum der Bewohnerinnen und Bewohnern der GU einbeziehen, da diese entweder zum Zeitpunkt des Besuches sich nicht in der GU aufhielten oder die deutsche Sprache nur unzureichend beherrschten (in einigen Fällen konnte für die Datenerhebung auf begleitende Sprachmittelnde zurück gegriffen werden, teilweise waren auch Personen anwesend, die in weitere Sprachen übersetzten; in diesen Fällen muss jedoch ein eventueller Bedeutungsverlust durch Übersetzung und Interpretation in Betracht gezogen werden, wie das Sich-Verständlich-machen der Interviewerin ein grundsätzliches erkenntnismethodisches Problem darstellt).

- Die Mehrheit der gewalttätigen Vorkommnisse ergibt sich aus den Geschehnissen des alltäglichen Zusammenlebens der Flüchtlinge. Ausgangspunkte für Streitereien unter den Bewohnerinnen und Bewohnern sind meist Sauberkeit in den gemeinschaftlich genutzten Räumen und Lärm.
- Die Wahrscheinlichkeit der Eskalation von Konflikten und deren Häufigkeit steigt
  a) mit zunehmender Belegung und Belegungsdichte sowie der Notwendigkeit, Küchen und Sanitäranlagen zu teilen (dort wo die bauliche Situation der GU die Unterbringungen in kleineren, abgeschlossenen Wohneinheiten erlaubt, die meist über eine eigene Küche und Nasszelle verfügen, sinken die gewalttätigen Auseinandersetzungen gegen Null);
  b) mit wachsender Vielfalt der Herkunftsregionen und der Unmöglichkeit, sich mit Hilfe einer *lingua franca* zu verständigen;
  c) bei einem wenig strukturierten Alltag sowie fehlenden oder geringen Möglichkeiten der sportlichen Betätigung oder anderer Gelegenheit zu Freizeitbetätigungen.
- Eine geringe Personalausstattung der GU und mangelnde Kompetenzen in der Konfliktvermeidung bzw. Bearbeitung auf Seiten des Personals sind weitere Faktoren, die die Wahrscheinlichkeit der Eskalation von Konflikten begünstigen. Die Personalentwicklung in den GU bleibt daher ein Schlüsselfaktor.

Die Ergebnisse der Situationsanalyse bildeten eine wichtige und unmittelbare Grundlage für die Konzipierung und Planung des dreijährigen Projektes ***Leben und arbeiten ohne Gewalt – Anti-Gewalt- und Deeskalationstrainings für Bewohnerinnen und Bewohner von Gemeinschaftsunterkünften für Asylsuchende und Flüchtlinge sowie für das Personal der Gemeinschaftsunterkünfte***. Die Situationsanalyse lieferte wichtige Ausgangsparameter und trug damit zur Qualität dieses neuen Vorhabens bei, da sich im deutschsprachigen Raum so gut wie keine Hinweise zu Deeskalationstrainings finden lassen, die das Erlernen konstruktiver Konflikt- und Streitschlichtungsstrategien sowie das praktische Ausprobieren von alternativen Handlungsweisen in Konfliktsituationen in den Mittelpunkt stellen, die durch einen multiethnischen und multireligiösen Kontext geprägt sind. In diesem Sinn betrat das durch den Landespräventionsrat Brandenburg geförderte Vorhaben bei seinem Start im Mai 2015 Neuland.

Das Oberziel des Projektes ***Leben und arbeiten ohne Gewalt*** ist es, die Präventionsarbeit in den GU im Verlauf der Projektlaufzeit deutlich zu stärken, indem

a) die Handlungskompetenz des Personals der GU in der Entgegnung von Aggressionen, die sich gegen sie selbst oder Dritte richten, gezielt entwickelt wird (Entwicklung von Strategien zum Konfrontations- und Bedrohungsmanagement, Grundregeln der Deeskalation, effektive nonverbale und verbale Deeskalationstechniken, die im multiethnischen und multireligiösen Kontext Anwendung finden können, Strategien und Techniken zur Verteidigung der persönlichen Unversehrtheit);
b) die Fähigkeiten zur Früherkennung und bewusstem Wahrnehmen von Situationen mit Gefährdungspotential ausgebaut werden;
c) die Handlungsfähigkeit des Personals der GU in emotional anspruchsvollen Situationen bzw. direkten Aggressionssituationen aufrechterhalten wird;

d) die notwendigen Kenntnisse vermittelt werden, um Präventionskonzepte zu entwickeln;
e) jährlich ca. 30 Personen aus dem Kreis der Flüchtlinge und Asylsuchenden ertüchtigt werden, mit aggressiven Situationen umzugehen, und im Alltag der GU als informelle „Streitschlichterinnen und -schlichter“ vermittelnd wirksam zu werden (die Auswahl der Personen erfolgt auf Grundlage der erstellten Situationsanalyse sowie in Rücksprache mit dem Personal der GU und berücksichtigt besonders die GU mit einem Gefahrenpotential).

Dabei wendet sich das Projekt an zwei Zielgruppen und strebt an,

- aus den GU mindestens eine Mitarbeiterin bzw. einen Mitarbeiter in die Trainingsmaßnahmen des Projektes und begleitende bzw. nachbereitende kollegiale Beratungen einzubeziehen;
- mit ausgewählten Bewohnerinnen und Bewohnern der GU über die Gewalt in den Unterkünften zu sprechen, Hintergründe und Konsequenzen zu reflektieren, und zur Mitwirkung an einem gewaltfreien Zusammenleben zu aktivieren.

Im Februar, Mai und Oktober 2016 fanden zweitägige Trainingsworkshops in Potsdam, Eberswalde und Cottbus statt, die aufbauend auf den Erfahrungen und Rückmeldungen aus den Workshops des Vorjahres die praktischen Aspekte der Deeskalation und Eigensicherung verstärkt in den Mittelpunkt stellten, um die Handlungsfähigkeit und die Sicherheit der Teilnehmenden in bedrohlichen Situationen zu erhalten und zu stärken. Insgesamt konnten in diesen Workshops Mitarbeitende aus insgesamt 32 GU geschult werden (pro GU ein bzw. zwei Mitarbeitende).

Für alle Veranstaltungen konnte mit Herrn Dr. Mathias Wolters vom *Institut für Gewaltprävention, Selbstbehauptung und Konflikttraining* ein Trainer gewonnen werden, der über langjährige Erfahrungen aus Seminaren und Trainingsmaßnahmen zur Deeskalation und zum Konflikt und Stressmanagement in unterschiedlichen Kontexten verfügt und zugleich bereit war, sich den Herausforderungen eines alltags- und praxisnahen Trainings mit Mitarbeitenden der GUs zu stellen.[14] Sein didaktisches Leitmotiv „vom Wissen zum Können“ griff das Anliegen und die Zielsetzungen des Projektes in hervorragender Weise auf und sicherte den Erfolg der Veranstaltungen. Auf der Grundlage von theoretischen Inputs arbeiten die Teilnehmenden in den Workshop unter der fachlichen Anleitung des Trainers vor allem konkrete Fallbeispiele aus dem eigenen Arbeitsalltag auf. Sie analysierten – in Kleingruppen oder im Plenum - die Fallkonstellationen, simulierten bedrohliche Situationen und entwickelten gemeinsam Handlungsoptionen, die wiederum im Rollenspiel oder der Gruppenarbeit vor dem Hintergrund der eigenen Erfahrungen und der erworbenen Kenntnisse überprüft wurden.

Die theoretischen Inputs vermittelten Informationen zu folgenden Aspekten:

[14] Im Vorfeld wurden verschiedene Möglichkeiten, einschließlich der Fachhochschule der Polizei des Landes Brandenburg, abgeklärt, die entweder nicht den inhaltlichen Vorgaben entsprechen konnte oder über keine Kapazität verfügten.

- zur systemischen Betrachtung von Konfliktsituationen,
- zur Dynamik gewalttätiger Konflikte,
- zur Körpersprache,
- zum Umgang mit Aggression, Wut und Grenzüberschreitungen,
- zu kulturellen und sozialen Aspekten von Gewalt,
- zu geschlechtsspezifischen Aspekten der Gewalt,
- zu eskalationsfördernden Verhaltensweisen,
- zu Deeskalationsstrategien und Notfallplänen.

In den Simulationen, die dem Verhaltenstraining dienten, wurden folgende Schwerpunkte gesetzt:

- Selbst- und Fremdwahrnehmung,
- Körpersprache bzw. Wahrnehmung der eigenen und fremden Körpersprache in Konfliktsituationen,
- Nonverbale Kommunikation,
- Gewaltfreie Kommunikation in schwierigen Situationen und kritische Dynamiken,
- Defensive Selbstverteidigung und Selbstbehauptung.

Die geplanten Workshops „Grundlagen der Streitschlichtung für Asylsuchende“ führten im Jahr 2016 an drei Wochenenden im Oktober und November Flüchtlinge in der Jugendbildungsstätte Blossin bzw. in der DGB Jugendbildungsstätte Flecken Zechlin zusammen. Zu diesen Wochenendworkshops (Beginn freitags 16.00 Uhr, Ende sonntags 14.00 Uhr) waren jeweils 13 bis 15 Personen aus verschiedenen Unterkünften im Land Brandenburg angereist. Hauptsächlich kamen die teilnehmenden Geflüchteten aus Syrien, aber auch Personen aus Afghanistan, Kamerun, Nigeria, Pakistan und Tschetschenien waren darunter. Entgegen den Planungen blieb der Frauenanteil bei den Veranstaltungen hinter den Erwartungen zurück. Insgesamt haben nur sechs Frauen an den Veranstaltungen teilgenommen. Als Gründe wurden u.a. familiäre Verpflichtungen angeführt.

Zur besseren Verständigung waren auch Sprachmittelnde für Arabisch, Englisch, Persisch und Russisch anwesend. Die fachliche Verantwortung für die Workshops lag in den Händen von a) Frau Zahra Zapp, interkulturelle Mediatorin, die über eigene Fluchterfahrung verfügt, b) Frau Ulrike Wolff, interkulturelle Trainerin, und c) Herrn Amin Dabbagh, interkultureller Mediator mit arabischen Familienwurzeln.

Unabhängig von der jeweiligen Verantwortung für die Veranstaltungen wurden in allen Workshops zunächst gemeinsam mit den Teilnehmenden die Grundlagen der Streitschlichtung erarbeitet und dabei auch die in den Herkunftsregionen üblichen Formen von Streitschlichtung und Interessensausgleich in die Diskussion einbezogen. Die Teilnehmer übten sich in der Technik des aktiven Zuhörens und lernten auf dieser Grundlage Möglichkeiten kennen, durch deeskalierende Gesprächsführung bei Meinungsverschiedenheiten und kleineren Konflikten wirksam zu werden. Die Anwesenden berichteten von Vorkommnissen in ihrer Unterkunft und arbeiteten, gemeinsam mit den Trainern, diese Beispiele auf und suchten nach Möglichkeiten, wie sie in

Zukunft zu einer gewaltfreien Kommunikation zwischen den Bewohnerinnen und Bewohnern beitragen können. Im Ergebnis entwickelten die Teilnehmenden ein Grundverständnis für Streitschlichtung in den angesprochenen Problemlagen. Zugleich lernten sie aber auch die Grenzen des eigenen streitschlichtenden Handelns in den Unterkünften kennen, an den es zur Wahrung der eigenen Sicherheit und der anderer Bewohnerinnen und Bewohner notwendig ist, sich an Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, den Wachschutz oder andere Einrichtungen zu wenden.

Die Teilnehmenden der Wochenendworkshops waren sehr dankbar für die Möglichkeit der Reflektion der eigenen Erfahrungen in den Unterkünften und für die Gelegenheit sich zu engagieren. Sie fühlten sich wertgeschätzt und betonten die Absicht, ihr erworbenes Wissen weiterzugeben.

In allen Workshops wurden darüber hinaus, vielfach auf ausdrücklichen Wunsch der Teilnehmenden, Aspekte des in Deutschland üblichen Umgangs miteinander und des Auftretens im öffentlichen Raum besprochen.

Es kann folglich der Schluss gezogen werden, dass sich die thematische Gestaltung der Wochenendworkshops überaus bewährt hat.

Aufgrund der hohen Fluktuation und damit zusammenhängenden Schwierigkeiten einen konstanten Stamm von teilnehmenden Flüchtlingen aufzubauen, konnten – entgegen der ursprünglichen Absicht – keine weiteren vertiefenden Aufbauschulungen angeboten werden.

Auswege gemeinsam finden! Unterstützung von Frauen mit Flucht- und Gewalterfahrungen

Unter allen Bundesländern weist Brandenburg die geringste Versorgungsdichte in Bezug auf Psychotherapie auf. Darüber hinaus verfügt Brandenburg bis 2016 über kein etabliertes Psychosoziales Zentrum zur Behandlung von traumatisierten Flüchtlingen. Gleichzeitig haben 2014/2015 viele Frauen in Brandenburg Schutz gefunden, die Verstörendes erleben mussten, wie Bedrohungen, Gewalt und Belästigungen - durch die Soldaten des Regimes, mal durch die selbsternannten religiösen Wächter, aber auch durch die Schlepper.

Anknüpfend an Ergebnisse und Erfahrungen von Vorläuferprojekten zielte das Projekt ***Auswege gemeinsam finden! Unterstützung von Frauen mit Flucht- und Gewalterfahrungen*** darauf ab, diesem Dilemma zumindest punktuell zu begegnen und zugleich weniger sprachzentrierte bzw. nonverbale Methoden der Gruppenarbeit mit Frauen aus unterschiedlichen ethnischen, kulturellen und sozialen Milieus zu erproben. Dieses Vorhaben stellte somit ein niedrigschwelliges Angebot zur Bewältigung der traumatischen Erfahrungen in der Herkunftsregion bzw. auf der Flucht dar, bei dem die Teilnahme auch ohne umfängliche Sprachkenntnisse möglich war (die in einer Psychotherapie in der Regel Voraussetzung sind). Die durchgeführten kunsttherapeutischen Maßnahmen ermöglichten es, bei den Teilnehmerinnen einen zweifachen Perspektivenwechsel in Gang zu setzen, um ihre Selbstachtung und Resilienz zu stärken:

- Überwindung der Fokussierung auf die Symptome (z.B. Angstzustande, Depressionen), um diese Muster als „normale“ Reaktionen auf ein extremes, nicht bearbeitbares Ereignis zu verstehen.
- Überwindung der Fixierung auf die zurückliegenden traumatischen Erlebnisse, um den Prozess des Weiterlebens zu stärken.

Mit Bewohnerinnen der Gemeinschaftsunterkünfte Groß Glienecke sowie Dortustraße und Lerchensteig der Landeshauptstadt Potsdam wurden ab Juli 2016 drei stabile therapeutische Gruppen gebildet. Daran nahmen Frauen aus unterschiedlichen ethnischen, kulturellen und sozialen Milieus teil, die aus Afghanistan, Syrien und Tschetschenien geflohen waren. In einen geschützten Raum und unter Anleitung der erfahrenen Berliner Kunsttherapeutin und Malerin Linde Kauert bedienten sie sich Stift und Pinsel, um das auszudrücken, was sich bisher einem sprachlichen Ausdruck „verweigerte“.

Das gemeinsame Gestalten hat nicht nur geholfen eine Vertrauensbeziehung zu bzw. zwischen den Teilnehmerinnen aufzubauen, sondern vor allem dazu beigetragen, dass die teilnehmenden Frauen den Weg der Bewältigung ihrer Erfahrungen zu gehen in der Lage waren, und hat sie zugleich gestärkt, den Alltag in Deutschland zu meistern und Selbstvertrauen wieder zu gewinnen.

Zwischen den Grenzen ...
(Tuschzeichnung einer Bewohnerin der GU Groß Glienecke)

Die Ergebnisse des bildnerischen Schaffens der Teilnehmenden bestätigten die Wirksamkeit der zum Einsatz gelangten weniger sprachzentrierten bzw. nonverbalen Methoden der Arbeit mit von Gewalt betroffenen Geflüchteten. Zwischenergebnisse der Projektarbeit wurden bereits am 15. November 2016 im Rahmen der Fachkonferenz ***„Gewaltprävention für Flüchtlingsfrauen in Brandenburg“*** vorgestellt.

Das Vorhaben wurde 2016 durch die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration gefördert. Dank der Unterstützung der Integrationsbeauftragten des Landes Brandenburg kann die Arbeit fortgesetzt werden.

Flüchtlinge orientieren, vernetzen und stärken

In den Jahren 2015/16 fanden in Deutschland so viele geflüchtete Menschen Schutz und eine vorübergehende Heimstatt wie selten zuvor. Diese Entwicklung hat die aufnehmenden Kommunen unvorbereitet getroffen. Dass ihre Aufnahme dennoch bewältigt werden konnte, ist auch den engagierten Bürgerinnen und Bürgern zu verdanken, die mit unkonventionellen und spontanen Maßnahmen sich den für sie unbekannten Herausforderungen und Aufgaben gestellt haben. Sie engagieren sich vielerorts in der Begleitung von Flüchtlingen und wirken am Aufbau von lokalen Begegnungs- und Unterstützungsstrukturen mit.

Das überall zu vernehmende Lob gegenüber ehrenamtlichem Engagement darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass in diesen ehrenamtlichen Initiativen und Aktivitäten von Brandenburger Bürgerinnen und Bürgern in der Regel Geflüchtete nicht mitwirken. Dafür gibt es viele Gründe, nicht zuletzt die beachtlichen Sprachbarrieren. In den GU haben sich jedoch rasch un-

Schulung im Rahmen des Projekts „Flüchtlinge orientieren, vernetzen und stärken“

ter Bewohnerinnen und Bewohnern informelle Strukturen der Hilfe und Unterstützung herausgebildet, die Ratschläge zur Bewältigung der Alltagsprobleme, einschließlich zu Verfahrensfragen und Leistungsansprüchen, geben. Einzelne Personen werden zu wichtigen Gesprächs- und Bezugspartnern in der Unterkunft und genießen das Vertrauen über Alters- und ethnische Grenzen hinweg.

Diese Art der „Peer-to-peer-Beratung“ baut auf dem Erfahrungswissen der meist älteren Bewohnerinnen und Bewohnern (in einigen Fällen sind auch ehemalige Flüchtlinge, die in der Umgebung wohnen, in diese informellen Strukturen einbezogen) auf und entwickelt sich abseits der in der Unterkunft oder im Sozialraum handelnden Fachkräfte, aber auch ohne Beziehung zu den im Land Brandenburg wirkenden, von Flüchtlingen in den vergangenen Jahren gegründeten Initiativen und Vereine, wie *Refugee Emancipation e.V.* oder *Women in Exil and friends e.V.* In der Folge offenbart sich mancherorts „gefährliches Halbwissen“ und zeigen sich interkulturelle Missverständnisse und Konflikte mit den Fachkräften der Flüchtlingsarbeit.

Aus dieser Situation erwächst die Notwendigkeit die Flüchtlinge zu identifizieren, die vor Ort als „peer-to-peer-Berater“ tätig sind, um ihnen eine spezielle Schulung anzubieten sowie Möglichkeiten des Erfahrungsaustausches und der Vernetzung zu geben.

Das Projekt ***Flüchtlinge orientieren, vernetzen und stärken*** nahm zu Beginn des Jahres 2016 seine Tätigkeit[15] auf und konzentrierte sich dabei zunächst auf die Aktivitäten:

- Identifizierung von Personen, die als peer-to-peer-Beraterinnen und -Berater in den GU des Landes Brandenburg tätig sind bzw. werden können um sie als Teilnehmende für die geplanten Schulungen zu gewinnen;
- organisatorische und inhaltliche Vorbereitung von niedrigschwelligen Schulungen dieses Personenkreises.

Das Ziel der Schulungen bestand im Aufbau von Kompetenzen unter Geflüchteten und deren Einbeziehung in die ehrenamtliche Flüchtlingsarbeit sowie in der Vernetzung der Teilnehmenden einschließlich einer losen fachlichen Betreuung über die Schulungen hinaus. Entgegen der ursprünglichen Planung[16] konnten aufgrund der Kürzung der geplanten Mittel nur drei Veranstaltungen durchgeführt werden. Diese Schulungen wurden als Wochenendseminare geplant, um durch das längere gemeinsame Arbeiten nicht nur mehr Inhalte zu vermitteln, sondern vor allem die Möglichkeit zum Aufbau von informellen Kontakten zur Vernetzung zu bieten. Die Auswahl der Teilnehmenden erfolgte in der Regel in Zusammenarbeit mit den Sozialarbeiterinnen und -arbeitern der jeweiligen GU und zielte darauf ab, besonders aktive Geflüchtete zu motivieren und zu stärken. Daneben waren auch praktische Aspekte ausschlaggebend, denn es musste darauf geachtet werden, dass die Teilnehmenden bereits über ein Mindestmaß an Kenntnissen der deutschen Sprache verfügen bzw. sich in einer Sprache verständigen konnten, für die während der Veranstaltung Sprachmittlung (abgesichert mit zwei Dolmetschenden jeweils für die Sprachen Arabisch und Dari oder Arabisch und Russisch) angeboten werden konnten.
Die angebotenen Schulungen/Qualifizierungen hatten folgende inhaltlichen Schwerpunkte, die jeweils von den Referentinnen entsprechend den Wünschen der Teilnehmenden ergänzt und erweitert wurden:

[15] Der ursprünglich geplante Projektbeginn war Oktober 2015.
[16] Zunächst waren fünf Veranstaltungen geplant.

- Überblick zu rechtlichen Fragen des Asylverfahrens und Leistungsansprüchen
- Alltagsleben in Deutschland (Gesundheit, Schule, Nachbarschaft, Erwerbsleben, Geschlechterbeziehungen, etc.)
- Möglichkeiten und Grenzen des ehrenamtlichen Engagements sowie zur Kooperation mit Fachkräften und Mitwirkung in Netzwerken

Für die in Blossin und Flecken Zechlin durchgeführten Schulungen konnten in Zusammenarbeit mit den Fachkräften in den GU geeignete und motivierte Teilnehmende (Afghanistan, Syrien, Tschetschenien) gewonnen werden. Durch den Einsatz von qualifizierter Sprachmittlung konnte die sichere Kommunikation, die angemessene Aufnahme der Informationen und eine angeregte Diskussion erreicht werden. Ungeachtet der Tatsache, dass einige Teilnehmende noch stark unter dem Eindruck der Flucht standen, wurde in den Wochenendschulungen eine vertrauensvolle und vom gegenseitigen Respekt geprägte Arbeitsatmosphäre geschaffen (ein offensichtlich von Sexismus geprägter Vorfall im Verlauf der Schulung vom 04. bis 06. März wurde von der Referentin unmittelbar ausgewertet und auch vom Rest der Teilnehmenden ebenso entschieden zurückgewiesen). Die überwiegende Mehrheit der Teilnehmenden gab eine außerordentlich positive Rückmeldung zu den Schulungen und bekundete die Bereitschaft an weiteren teilzunehmen (was aufgrund der persönlichen Situation - Teilnahme am Integrationskurs, familiäre Verpflichtungen, Wohnortwechsel und mangelnde Sprachkenntnisse - sich leider nicht in jedem Fall ergab).

Integration braucht Vorbilder
MVDV – Mein Vorbild, Dein Vorbild?! *Jugendliche suchen und präsentieren Geschichten erfolgreicher Integration*

Einwanderung kann für die deutsche Gesellschaft eine große Chance sein – vorausgesetzt, es gelingt, diese Menschen zu integrieren und ihre Potenziale voll und ganz auszuschöpfen. Dabei liegt es auf der Hand, dass sowohl die aufnehmende Gesellschaft als auch die Migrantinnen und Migranten vor Herausforderungen stehen, die nicht einfach zu bewältigen sind.
Nach der Einreise in Deutschland stehen Zugewanderte zunächst vor der Herausforderung, in ihrem neuen Heimatland ein soziales Netzwerk aufzubauen, und für alle Fragen, die sich bei der Eingliederung ergeben, nach Ansprechpartnern zu suchen. Die mangelnden oder fehlenden Deutschkenntnisse erschweren vielfach diesen Prozess. Und dennoch lassen sich viele Zuge-

Von Teilnehmenden des Projektes gestaltete Fotowand

wanderte von den Schwierigkeiten nicht entmutigen und es gelingt ihnen die Hindernisse zu überwinden. Eine Vielzahl von erfolgreichen Biografien belegen diese Tatsache aus dem Integrationsgeschehen in unserem Land. Den Blick auf diese Aspekte der Integrationsrealität in unserem Bundesland zu lenken, erfolgreiche Integrationsbiografien zu identifizieren und diese Vorbilder für die Integration für Jugendliche erlebbar zu machen, ist das Hauptanliegen des im Oktober 2013 gestarteten, aus Mitteln des Bundesfamilienministeriums finanzierten und auf drei

Jahre konzipierten Vorhabens ***„Mein Vorbild, Dein Vorbild?! Jugendliche suchen und präsentieren Geschichten erfolgreicher Integration“.*** Im Rahmen dieses Projektes soll die Arbeit mit im Land Brandenburg lebenden Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund fortgeführt werden. Das Projekt gibt ihnen die Möglichkeit, sich mit Fragen der Integration und dem Alltag von Zugewanderten zu beschäftigen und insbesondere Beispiele erfolgreicher Integration aufzuspüren. Zudem ist es erklärtes Ziel des Projektes, die Medienkompetenz sowie künstlerische Fähigkeiten der Jugendlichen zu stärken und die Wahrnehmung von Zugewanderten in der Öffentlichkeit zu verbessern.

Im Berichtszeitraum konnten eine Vielzahl unterschiedlicher Aktivitäten im Rahmen des Vorhabens organisiert werden, bevor „Mein Vorbild, Dein Vorbild“ im September 2016 planmäßig beendet wurde. Hervorzuheben sind dabei der Graffiti-Workshop mit Jugendlichen der Anne-Frank-Oberschule aus Strausberg sowie der Fotografie-Kurs mit Schülerinnen und Schüler des evangelischen Gymnasiums Kleinmachnow, in denen sich die Teilnehmenden mit dem Thema Integration und den damit verbundenen Fragestellungen auf spezifische Weise auseinandersetzten. In diesen Veranstaltungen lernten die beteiligten Jugendlichen und jungen Erwachsenen verschiedene Techniken kennen und beherrschen. Ganz besonders gilt dies für die zwei Radio Workshops, in denen die Teilnehmenden unter anderem erfuhren, was einen interessanten Radiobeitrag ausmacht, wie die entsprechende Aufnahme- und Schnitttechnik funktioniert und worauf es bei Interviews zu achten gilt. Die erlernten Kenntnisse wurden im Anschluss in die Tat umgesetzt, sodass entsprechende Beiträge produziert werden konnten.

Im Rahmen des Projektes gelang es darüber hinaus, eine Reihe von Erfahrungen und Anregungen für die weitere Arbeit zu sammeln, die im Team ausgewertet wurden.

Kultiversität

Internationale Jugendbegegnungen tragen maßgeblich dazu bei, bei Jugendlichen vorherrschende Vorurteile gegenüber Menschen aus anderen Ländern und Kulturen abzubauen und langfristig eine weltoffene Grundhaltung zu fördern. Aus diesem Grund fördert das Deutsch-Französische Jugendwerk (DFJW) bereits seit Jahrzehnten Austauschprogramme zwischen den Nachbarländern im Herzen Europas. Durch eine solche Förderung – die durch vom brandenburgischen Ministerium der Justiz, für Europa und Verbraucherschutz zur Verfügung gestellte Mittel aufgestockt wurde – konnte im November 2016 im Zuge des Projekts ***Kultiversität*** ein Austausch zwischen Schülerinnen und Schülern des Lycée Alfred Nobel in Clichy-sous-Bois und der Dr.-Otto-Rindt-Oberschule Senftenberg durchgeführt werden.

Clichy-sous-Bois ist eine der sogenannten Banlieues, also eine der Satellitenstädte im Umkreis von Paris. Die Stadt ist zum einen geprägt durch einen hohen Anteil von Migrantinnen und Migranten, zum anderen gekennzeichnet durch eine sehr schlechte Anbindung an die regionale Verkehrsinfrastruktur, welche es den Bewohnerinnen und Bewohnern nahezu unmöglich macht, eine berufliche Tätigkeit im an und für sich nahegelegenen Paris aufzunehmen. Traurige Berühmtheit erlangte sie, als dort im Jahr 2005 Unruhen, welche Frankreich über Wochen in Atem halten sollten, ihren Anfang nahmen.

Das im Süden Brandenburgs gelegene Senftenberg liegt ebenfalls in einem strukturschwachen Raum und viele der dort wohnenden Jugendlichen werden ihrer Heimat den Rücken kehren, müssen auf die Suche nach einem Ausbildungs- oder Studienplatz.

So unterschiedlich die Gemengelagen in den beiden Orten also sind – gewisse strukturelle Ähnlichkeiten lassen sich finden, und hieraus entstand die Idee eines Austauschprogramms zwischen Jugendlichen aus Senftenberg und Clichy-sous-Bois.

Bei dieser Begegnung, an der 15 Schülerinnen und Schüler aus jedem Land teilnahmen, handelte es sich um eine sogenannte Drittortbegegnung – dabei treffen die Teilnehmenden an einem „neutralen“ Ort aufeinander, wo sie zentral miteinander untergebracht werden. Im Fall des Projekts Kultiversität handelte es sich bei diesem Drittort um Berlin, wo die Jugendlichen eine Jugendherberge in Spandau bezogen. Ziel war es, die Jugendlichen dazu anzuregen, sich im Lauf der Woche mit den Themen Interkulturalität und Identität auseinanderzusetzen, und die Ergebnisse dieser Auseinandersetzung fotografisch zu dokumentieren. Hierfür wurde mit Boris Bocheinski ein erfahrener Fotograf gewonnen, der in der Vergangenheit bereits viele Workshops für das DFJW durchgeführt hat und dem es gelang, die Jugendlichen für die an sie gestellte Aufgabe zu begeistern. So konnte er ihnen nicht nur das fotografische Know How vermitteln – etwa, worauf man bei der Bildkomposition zu achten hat oder wie man Bilder optimal nachbearbeitet –, sondern schaffte es auch gemeinsam mit den mitreisenden Lehrerinnen die Schülerinnen und Schüler für Fragen rund um Stereotype, Vorurteile, Identität, Heimat und dergleichen zu erwärmen. Ergänzt wurde dieses Workshop-Programm durch Sprachanimation – hierbei

handelt es sich um spielerische Maßnahmen, die zur Auflockerung und Aktivierung der Teilnehmenden eingestreut werden, Sprachkompetenzen in beiden Sprachen fördern und für eine angenehme Workshop-Atmosphäre sorgen. Darüber hinaus gab es natürlich ausreichend Gelegenheit, Berlin zu erkunden, etwa bei einer Besichtigung des Reichstages oder einem Besuch der Eastside Gallery, und Freizeitaktivitäten wie gemeinsames Bowling durften natürlich ebenfalls nicht fehlen. Trotz aller mitunter hitzigen Diskussionen erlebten die Teilnehmenden eine aufregende und erlebnis- sowie erkenntnisreiche Woche in Berlin.
Am vorletzten Tag reiste die Gruppe dann gemeinsam nach Senftenberg, wo die im Lauf der Woche entstandenen Fotos in der Schule ausgestellt wurden und so nicht nur von Eltern und Geschwistern, sondern auch von weiteren Schülerinnen und Schülern sowie weiteren geladenen Gästen betrachtet werden konnten.
Für das Jahr 2017 ist eine Rückbegegnung in Paris geplant.

Tương lai – *Zukunft durch Bildung*

Gewöhnlich gelten Zugewanderte aus Südostasien, insbesondere aus Vietnam, als gut integriert, diszipliniert, strebsam und überaus erfolgsorientiert. Die Bildungskarrieren ihrer Kinder veranlassen viele Expertinnen und Experten diese Zuwanderergruppe als Beispiel für erfolgreiche Integrationsverläufe zu benennen, so etwa die ehemalige brandenburgische Integrationsbeauftragte und Professorin der Potsdamer Fachhochschule, Frau Karin Weiss: "Die Vietnamesen sind eine der am besten integrierten Zuwanderergruppen in Deutschland."[17]

Ungeachtet der vielen positiven Beispiele häufen sich in den Familien – von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt – die Problemlagen. Auf den Kindern lastet die Bildungserwartung der gesamten vietnamesischen Familie, die sich – aufgrund der Unkenntnis des deutschen Bildungswesens und des dualen Ausbildungssystems – immer nur am vermeintlich höchsten Bildungsziel orientiert und erhebliche Leistungsanforderungen aufbaut. Außerdem führen die ganztägige Betreuung der Kinder in deutschen Einrichtungen und die hohe Arbeitsbelastung der Eltern häufig zur Entfremdung zwischen den Generationen. Während die Eltern weitgehend den traditionellen vietnamesischen Werten und Normen verpflichtet sind und damit auch ihr Erziehungsstil als autoritär und allein auf der mütterlichen Verantwortung beruhend gelten kann, sind die Kinder und Jugendlichen dagegen stark von den Einflüssen ihrer Umgebung geprägt. Der Kulturbruch zwischen den Generationen führt zu Streit und Konflikten in den Familien und geht im Extremfall sogar in Verständigungsproblemen einher, weil die Kinder kaum Vietnamesisch und die Eltern wenig Deutsch sprechen können.

Das Projekt ***Tương lai*** greift diese, der besonderen Lebenssituation der vietnamesischen Familien entspringenden Probleme auf und bietet Informationsveranstaltungen und Beratungsgespräche in deutscher und vietnamesischer Sprache an. Ermöglicht durch die Förderung durch ***Aktion Mensch*** und Eigenmittel des Trägervereins nahm das Vorhaben im Dezember 2015 seine Tätigkeit auf. Zielstrebig ging das kleine Team (drei Teilzeitbeschäftigte) daran, den Projektanlauf zu sichern und die Angebote des Vorhabens bei vietnamesisch-stämmigen Eltern und Jugendlichen in Berlin und im Land Brandenburg bekannt zu machen. Dazu wurde u.a. die Internetseite www.tuonglai.de (deutsch/vietnamesisch) entworfen und online geschaltet sowie ein ebenso zweisprachiger Flyer gedruckt. Hauptsächlich wurden jedoch zahlreiche Informationsveranstaltungen, in Zusammenarbeit mit lokalen vietnamesischen Vereinen und Kulturinitiativen organisiert, sowie Elternabende in Schulen genutzt, die eine erhöhte Zahl von vietnamesisch-stämmigen Schülerinnen und Schülern aufweisen, um über dieses muttersprachliche Angebot zu informieren. Darüber hinaus war das Team von *Tương lai* im August 2016 in Wittenberge

[17] In: "Nur Bildung führt weg vom Reisfeld" Menschen mit vietnamesischen Wurzeln gelten als erfolgreichste Zuwanderer – Gesundheitsminister Philipp Rösler ist nur ein Beispiel, Süddeutsche Zeitung, 1. April 2010, online abrufbar unter http://www.sueddeutsche.de/politik/vietnamesen-in-deutschland-nur-bildung-fuehrt-weg-vom-reisfeld-1.20543

beim Jugendsportfest, sowie beim Familiensportfest in Kyritz und bei Tet-Feierlichkeiten (vietnamesisches Neujahr) dabei, um in persönlichen Gesprächen und mit Materialien über das Projekt zu informieren.

Es spricht für den überaus hohen Informations- und Beratungsbedarf innerhalb der vietnamesischen Gemeinde, dass unmittelbar nach Projektstart bereits die ersten Beratungsgespräche in verschiedenen Orten des Landes Brandenburg sowie Berlin durchgeführt wurden und ihre Zahl im Verlauf des Jahres 2016 kontinuierlich und deutlich anstieg. Bis Ende Dezember 2016 wurden 84 Beratungsgespräche in Brandenburg und 72 Beratungsgespräche in Berlin durchgeführt. Eine ähnliche Anzahl von längeren Gesprächen wurde am Telefon durchgeführt, um vor allem Familien aus den nordwestlichen Landkreisen Brandenburgs und Cottbus die Möglichkeit der Information und Beratung zu bieten.

Das Tương Lai Team

Im Mittelpunkt der Beratungsgespräche standen u.a.:

- das Schul- und Ausbildungssystem;
- Pubertät und Entwicklungspsychologie;
- angemessener Umgang mit Konflikten.

Damit wurde ein kultursensibler Beitrag zur Stärkung der Erziehungskompetenz der Eltern und Unterstützung der Bildungsplanung der Jugendlichen und jungen Erwachsenen geleistet.

Unterstützung des chancengleichen Zugangs zu medizinischer Versorgung für Zugewanderte und Stärkung der Selbsthilfe im Bereich Gesundheitsförderung

Bereits in den vergangenen Jahren haben unterschiedliche Projekte unter dem Dach von *FaZIT* die Sicherung eines möglichst chancengleichen Zugangs zu medizinischer Versorgung für alle Zugewanderten in den Mittelpunkt des Handels gestellt. Damit reagierte der Träger zugleich auf Empfehlungen des Landesintegrationsbeirates bzw. des Landesintegrationskonzeptes aus dem Jahr 2014. Ungeachtet der konkreten Zielstellung und der unterschiedlichen Arbeitsaufgaben ergänzen und verzahnen sich die einzelnen Vorhaben miteinander. Im Jahr 2016 waren dies die folgenden Unterprojekte:

> *Qualifizierung von Sprach- und Kulturmittelnden im therapeutischen Setting – Mitwirkung im Projektverbund der BAfF*
>
> *Gesundheitskarawane – muttersprachliche Informationen zur Gesundheitsförderung*

Das größte Hindernis beim Zugang zu medizinischer Versorgung stellt für viele Zugewanderte die Sprachbarriere dar. Laut einer schon 2008 unter im Land Brandenburg lebenden Zugewanderten durchgeführten Umfrage schätzen etwas mehr als 35 Prozent der Befragten ihre Deutschkenntnisse als schlecht bzw. sehr schlecht ein.[18] Insgesamt 17 Prozent der Befragten gaben an, Verständigungsprobleme mit ihrer Ärztin oder ihrem Arzt zu haben; diese Personen fühlen sich außerdem nicht ausreichend über Vorsorge- bzw. Gesundheitsfürsorgemaßnahmen informiert. Gleichzeitig schätzten ungefähr 60 Prozent der Personen, die zuvor ihre Deutschkenntnisse als schlecht bzw. sehr schlecht einstuften, ihren Gesundheitszustand als schlecht ein.

Dieser Bedarf ist um ein Vielfaches höher bei den Menschen, die im Jahr 2015 auf der Suche nach Schutz und Zukunftsperspektiven nach Brandenburg gelangt sind. In der Regel verfügen sie über keine Kenntnisse der deutschen Sprache. Und auch die vielerorts angebotenen Sprachkurse versetzen die Menschen nicht sofort in die Lage, ihre Anliegen angemessen und verständlich vorzutragen, sodass vieles unausgesprochen bleibt oder Missverständnisse provoziert. Für Menschen aus dieser Personengruppe kommt es im Klinik- und Praxisalltag immer wieder zu schwierigen Situationen.

Natürlich ist mangelnde Sprachkenntnis nur einer der Faktoren, die den gesundheitlichen Zustand und die Inanspruchnahme von Leistungen der medizinischen Versorgung von Personen aus der Zuwanderungsbevölkerung beeinflussen können. Aber im Zusammenspiel mit Faktoren wie Alphabetisierungsgrad und kulturellen Unterschieden kann von einem eher negativen Einfluss ausgegangen werden. Wissenschaftliche Studien sprechen von nachgewiesener Benach-

[18] Hamdali, M., Kramer, R., Ergebnisse der Befragung zur Gesundheitssituation von Migrantinnen und Migranten im Land Brandenburg, unveröffentlichtes Dokument.

teiligung von migrantischen Gruppen in Bezug auf Gesundheitskompetenz, Gesundheitszustand und Zugang zu medizinischer Versorgung und mahnen einen dringenden Handlungsbedarf insbesondere bei älteren Migrantinnen und Migranten an.

Im Jahr 2004 hat *FaZIT* begonnen, den chancengleichen Zugang zu medizinischer Versorgung für Migrantinnen und Migranten zu einem Schwerpunkt der Projekttätigkeit zu machen. In diesem Arbeitsfeld wurde eine Reihe von Vorhaben landesweit durchgeführt bzw. diese bieten weiterhin ihre Leistungen an. Zu einem wirklichen Leuchtturmprojekt hat sich der Gemeindedolmetschdienst entwickelt. Vor mittlerweile zehn Jahren hat sich eine Gruppe von Personen – viele davon mit eigener Migrationsgeschichte – zusammengefunden, um ihre Kenntnisse und ihr Engagement gezielt einzusetzen, damit Menschen, die über keine ausreichenden Deutschkenntnisse verfügen, bei Arztbesuchen und Klinikaufenthalten ganz persönlich geholfen werden kann. Gemeinsam mit der fachlichen und organisatorischen Unterstützung von *FaZIT* bildete sich in der Folgezeit eine stabile Gruppe von Sprach- und Kulturmittelnden heraus. Mit ihrem Engagement und ihrer Kompetenz haben die Mitglieder dieser Gruppe für eine angemessene und sichere Kommunikation gesorgt und entscheidend dazu beigetragen, dass eine umfassende ärztliche Untersuchung stattfand und die notwendige Zusammenarbeit zwischen Patienten und Patientinnen und dem medizinischen Personal möglich wurde.

Die Zahl der sprachmittlerischen Einsätze hat sich von Jahr zu Jahr erhöht. Die Entwicklungen des Jahres 2016 stellten die Gruppe der ehrenamtlichen Sprach- und Kulturmittelnden und die Vermittlungszentrale vor besondere Herausforderungen, da sich, bedingt durch die wachsende Zahl der aufgenommenen Flüchtlinge, Monat für Monat die Nachfrage nach sprachmittlerischer Begleitung und Unterstützung erhöhte. Fast zweitausend Einsätze konnten vermittelt werden. Die drei nachgefragtesten Sprachen waren im Berichtszeitraum Arabisch, Persisch/Dari und Russisch. Mit Blick auf das Vermittlungsgeschehen zeigt sich weiterhin:

- nur ein Anteil von ca. 35 Prozent der bei *FaZIT* **eingehenden Anfragen** konnte bedient werden;

obwohl das sprachmittlerische Angebot prinzipiell landesweit vorgehalten wird, konnte es aus Kapazitätsgründen und langer Anfahrtswege nicht überall in allen einsatzbereiten Sprachen genutzt werden.Die hohe Zufriedenheit der Auftraggebenden ist zunächst auf das große Engagement aller Mitglieder dieser Gruppe zurückzuführen. Daneben waren auch die weitere Durchsetzung von gruppeneigenen Qualitätsstandards, die intensive Betreuung dieser Gruppe durch die Projektmitarbeitenden, ihre kontinuierliche Fortbildung (zweimonatliche Treffen) sowie das Angebot einer Supervision wichtige Faktoren die zur hohen Kundenzufriedenheit beitrugen. Angesichts der starken Zunahme des Auftragsvolumens waren jedoch die Arbeit der Vermittlungszentrale und ihre Sorge für die Gestaltung von zuverlässigen Abläufen von herausragender Bedeutung für den Erfolg.

Qualifizierung von Sprach- und Kulturmittelnden im therapeutischen Setting – Mitwirkung im Projektverbund der BAfF

Im Rahmen des bundesgeförderten Projektverbundes „Ist Gesundheit teilbar? Kapazität, Struktur und Qualität: Meilensteine eines ganzheitlichen Konzepts“, der von der Bundesweiten Arbeitsgemeinschaft der psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer (BAfF) koordiniert wird, hat *FaZIT* die Verantwortung für ein Teilprojekt übernommen. Das Teilprojekt verfolgt das Ziel, an einer nachhaltigen Strukturverbesserung durch die Ertüchtigung der bestehenden Strukturen der psychosozialen Versorgung, einschließlich der Einrichtungen der Kinder- und Jugendpsychiatrie, im Land Brandenburg mitzuwirken. Der besondere Beitrag des Teilprojekts ergibt sich aus den geplanten zwei Wirkungsrichtungen:

- die Qualifizierung von geeigneten Personen aus dem Pool von Sprachmittelnden für die Arbeit im therapeutischen Setting;
- die Fortbildung von Fachkräften im medizinischen und psychotherapeutischen Bereich für die erfolgreiche Arbeit mit Sprachmittelnden.

Das Vorhaben nahm am 1. Juni 2015 seine Tätigkeit auf. Zunächst stand die Entwicklung eines Curriculums für die Fortbildung der Sprachmittelnden im Vordergrund. Diese Aufgabe konnte in Zusammenarbeit mit Frau Dr. Elke Krüger vom *Institut für Angewandte Linguistik und Translatologie der Universität Leipzig* zügig bewältigt werden, sodass am 19. September 2015 die erste Veranstaltung der geplanten Fortbildungsreihe (10 Veranstaltungen) startete. Aus methodisch-didaktischen Gründen kamen zwei Referentinnen (mit den Schwerpunkten Russisch und Persisch) zum Einsatz. Im Dezember 2016 konnten 9 Teilnehmende die Fortbildung erfolgreich abschließen.

Neben der Fortbildung der Sprachmittelnden stellte sich das Vorhaben auch zum Ziel, die Fachkräfte im medizinischen Bereich für den effizienten Einsatz der Sprachmittlung zu schulen. Im Oktober 2016 fanden in Bad Freienwalde und in Neuruppin entsprechende Veranstaltungen statt.

Gesundheitskarawane – muttersprachliche Informationen zur Gesundheitsvorsoge

Zum 1. Juli 2007 übernahm *FaZIT* die Trägerschaft für die geplanten Aktivitäten der Gesundheitsmediatorinnen und -mediatoren, die zuvor in Kooperation mit dem *Ethno-medizinischen Zentrum Hannover (EMZ)* auf ihre Aufgaben vorbereitet wurden. Nach der Schulung zu wichtigen Themen der Gesundheitsförderung und Prävention – so die Konzeption dieses Vorhabens – sind diese beteiligten Personen in der Lage, die eigenen Landsleute gemeinsam mit Akteuren des Gesundheitswesens kultursensibel und mehrsprachig zu informieren und aufzuklären.

2016 wurden insgesamt 22 Informationsveranstaltungen durchgeführt. Im Verlauf dieser mehrstündigen Veranstaltungen wurde – wie in den Vorjahren auch - ein breites Spektrum von The-

men behandelt. Wie in den Jahren zuvor auch, wurden neben dem Einleitungsthema „Das System der medizinischen Versorgung in Deutschland“, vor allem Aspekte der seelischen Gesundheit von Erwachsenen (am meisten behandeltes Thema), der Ernährung und körperlichen Bewegung in allen Altersstufen, der Kindergesundheit und Unfallprävention, der Gefahren von Alkohol und Tabak, Mundpflege und Zahngesundheit sowie der seelischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen behandelt und anhand der muttersprachlichen Materialien mit den Teilnehmenden diskutiert.

Von besonderer Bedeutung ist, dass die Kooperation mit der Erstaufnahmestelle für Asylsuchende in Eisenhüttenstadt fortgesetzt werden konnte. Zu einem feststehenden Termin im Quartal wurden jeweils Informationsveranstaltungen in den Sprachen Englisch und Französisch durchgeführt. Für die neu ankommenden Flüchtlinge bieten diese Aktivitäten der Gesundheitsmediatorinnen und -mediatoren häufig die erste und zunächst einzige Möglichkeit zu gesundheitsbezogenen Informationen.

Mitarbeit in fachlichen Gremien auf Landes-, Kreis und Verbandsebene

In großem Umfang haben die Mitarbeitenden von *FaZIT* auch im Jahr 2016 an den Veranstaltungen anderer Einrichtungen aktiv mit eigenen Beiträgen teilgenommen bzw. diese Veranstaltungen waren von Beginn als Kooperationsveranstaltungen geplant. Die von verschiedenen Partnern auf Bundes- oder Landesebene ausgesprochenen Einladungen zeugen vom hohen Interesse an den Erfahrungen unserer Projekte und zugleich für die Wertschätzung der geleisteten Arbeit.

Seit seiner Konstituierung wirkte *FaZIT* im Landesintegrationsbeirat mit. Im Jahr 2015 übernahm Herr Dr. Wolfgang Bautz, langjähriger Leiter von *FaZIT,* die Koordinierung der AG Asyl und Flüchtlinge des Beirates und führte diese verantwortungsvolle Aufgabe 2016 fort. Darüber hinaus sind Mitarbeitende von FaZIT auch in der AG Integration im Flächenland vertreten. Das Projektteam nutzte die bestehenden Arbeitskontakte, um die Arbeit des Landesintegrationsbeirates in der Fachöffentlichkeit bekannt zu machen bzw. Anliegen und Empfehlungen der Partner vor Ort in die Arbeit des Landesintegrationsbeirats einfließen zu lassen.

Regelmäßig hat eine Vertreterin oder Vertreter von *FaZIT* an den Zusammenkünften der Gremien auf kreislicher oder lokaler Ebene teilgenommen. Hervorzuheben ist dabei die aktive Mitarbeit in verschiedenen kreislichen Netzwerken der Integration (Landkreis Elbe-Elster, Potsdam-Mittelmark, Märkisch-Oderland, Ostprignitz-Ruppin, Uckermark, Landeshauptstadt Potsdam).

Seit 2004 arbeitet *FaZIT* in der Initiative *Brandenburg - Gemeinsam gegen Aids* mit und unterstützt die Arbeit an den Gesundheitszielen und deren laufende Präzisierung. In Anbetracht der steigenden Flüchtlingszahlen war im Berichtszeitraum die Mitwirkung in der eingerichteten Arbeitsgruppe von besonderer Bedeutung.

Auf der Ebene des Paritätischen Gesamtverbandes arbeitete *FaZIT* aktiv an der Arbeitsgruppe Flüchtlinge mit und konnte hier die Erfahrungen aus Brandenburg, etwa zur Aufnahme und Unterbringungssituation der Asylsuchenden in den Landkreisen Brandenburgs oder zur psychosozialen Versorgung von Flüchtlingen, einbringen. Ebenso wirkte *FaZIT* aktiv in der Fachgruppe Migration mit, die durch den Landesverband Brandenburg des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes ins Leben gerufen wurde.